

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen die sechsgepaltene Kleinzeile 75 Mark
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Zehms, Berlin D 27
Magazinstr. 6/7 II (Postfachkonto 5388), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 9 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: (Hauptblatt): An unsere Ortsverwaltungen. — Augsburg-Gera-Nürnberg. — Einigung! — Zur Brotpreis-erhöhung. — Zur Feuerungsaktion der Gewerkschaften. — Der Lichtfundentag und die Feuerung. — Frauenkonferenz für den Bezirk Chemnitz. — Ein kommunistischer Reichsbetriebsrätekongress? — Ein kommunistischer Reinfall. — Verächtigung. — Erhöhte Postgebühren ab 1. Oktober. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Sachreisen. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungssteil: Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk. (V).

An unsere Ortsverwaltungen.

Das Protokoll vom Internationalen Textilarbeiterkongress in Paris ist, zugleich mit dem Jahrbuch, an die Filialen zum Versand gelangt. Weitere Bestellungen auf das Kongress-Protokoll bitten wir sofort an uns aufzugeben, worauf die Zusendung direkt erfolgen wird. Der Preis pro Exemplar beträgt einschließlich Porto 20 Mk. Der Vorstand.

Augsburg-Gera-Nürnberg.

Als Genosse Dr. Hilderding auf dem sächsischen Betriebsräte-kongress der Textilarbeiter in Dresden am 26. März 1922 seine große Rede über „Die wirtschaftliche Situation und die Er-fassung der Sachwerte“ mit den Worten schloß: „Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse, wenn sie nicht unterliegen will! Die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiter herbeizuführen, ist die größte revolutionäre Tat der Gegenwart.“ da jubelten ihm alle Kongressnehmer einschließlich der Kommunisten lebhaft zu. In der Diskussion wurde die Auffassung Hilderdings von allen Parteirichtungen lebhaft unterstrichen.

Wir empfanden diesen einheitlichen Willensausdruck des Betriebsräte-kongresses für ein günstiges Omen, welches das Werk der Einigung der noch auseinanderstrebenden Parteirichtungen der Arbeiterklasse außerordentlich günstig besuchten mußte. Ich kann mir keine Tagung aus dieser Zeit denken, aus welcher der Wille zur Einigung der Arbeiterklasse stärker zum Ausdruck gekommen wäre, als auf diesem Kongress. Dieser starke Wille, zur Einigung der sozialistischen Parteien zu kommen, schob alle theoretischen Bedenken, die gegen die Einigung von rechts und von links ins Feld geführt wurden, beiseite. Der Kongress wurde von der Erkenntnis beherrscht, daß nur durch die organisierte Zusammenfassung der Arbeiterklasse zu einer einheitlichen Organisation die Voraussetzung zu einer erfolgreichen Verteidigung der Republik gegen deren zahlreiche Feinde und für einen erfolgreich zu führenden Kampf zur Lösung der die Gegenwart bewegenden Probleme innerhalb Staat und Wirtschaft im Sinne sozialistischer Erkenntnis gegeben sei. Diese Erkenntnis beherrschte die Arbeiterklasse überall. Der Massenwille war dem Willen der Führer weit vorausgeeilt.

Trotz dieser einmütigen Auffassung glaubte in Dresden noch niemand an die nahe bevorstehende Einigung. Man sah zu stark das persönliche Trennende, welches sich aus dem Bruderkampf ergeben hat, als das sachlich Einigende. Die Entwicklung überbrückte auch jene Tiefen, über welche man nicht hinwegzukommen glaubte. Die politischen Ereignisse der jüngsten Tage beflügelten das Einigungswerk. Die in mehrere Parteien zerklüftete politische Arbeiterbewegung war gegenüber der immer dreister auftretenden Reaktion äußerst geschwächt. Ihr fehlte der einheitliche zentrale Kampfeswille. Der stetige Bruderkampf tat sein übriges noch, um die Position der Arbeiterklasse gegenüber der auf die Republik anstürmenden Reaktion zu gefährden. Die Schwäche der Arbeiterklasse erhöhte die Kampfkraft der Reaktion. In Staat und Wirtschaft fühlen wir tagtäglich die erhöhte Machtposition der reaktionären Mächte. Das Streben der Reaktion ist darauf gerichtet, die Republik, innerhalb deren die Möglichkeit des Aufstieges der Arbeiterklasse gegeben ist, zu beseitigen. Daß sie in diesem Kampf vor keinem Mittel zurückschreckt, beweist die Geschichte der deutschen Republik. Gewalttat reiht sich an Gewalttat. Zahlreiche Blutopfer, von Liebknecht, Luxemburg bis Erzberger und Rathenau, bedecken das Kampffeld. Wiederholt mußte die Arbeiterklasse zu gemeinsamen Abwehr-

kämpfen gegen den reaktionären Ansturm auf die Republik aufgerufen werden. Aus den gemeinsamen Abwehrkämpfen gegen die Reaktion ist die Einheit der deutschen politischen Arbeiterbewegung erneut geboren worden. Die Einheit wird die Kampfkraft und die Werbekraft der Arbeiterbewegung wesentlich erhöhen. Die Arbeiterklasse kann ihre geschichtliche Mission nur erfüllen im Zeichen ihrer hohen Einheit. Daß diese Erkenntnis endlich alle Gegensätze in den theoretischen Streitfragen beiseite schob, ist von höchster Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung.

Es war bedauerlich, daß in den Novembertagen 1918 unter dem Drange der damaligen Ereignisse die Einigung nicht zur Tatsache werden konnte. Man litt damals noch zu stark unter den Einwirkungen, die zur Spaltung geführt hatten. Das gegenseitige Mißtrauen und die Gegensätze in den Auffassungen waren zu groß, um in dieser geschichtlich bedeutsamen Zeit die Einigung herbeiführen zu können. Mancher Verlust und manche verlorene Schlacht, woraus lediglich die Reaktion neue Kräfte gezogen hat, wäre der Arbeiterbewegung erspart geblieben. Es ist jedoch müßig, sich heute bei dem Geschehenen aufzuhalten, um vielleicht nochmals die Schuldfrage zu erörtern. Die Geschichte hat ihren Lauf genommen und ein Zurück gibt es nicht mehr. Vergessen wir deshalb, was damals gewesen ist.

Aus vielen Irrungen und Wirrungen heraus, im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, hat sich die Arbeiterklasse der beiden sozialistischen Parteien wiedergefunden, um endlich aus der Defensive des Kampfes herauszukommen und zur Offensive übergehen zu können. Seit den Novembertagen 1918 hat die Arbeiterklasse eine Position nach der anderen räumen müssen. Der Kapitalismus erkümmerte eine Machtposition nach der andern. Er ist heute drauf und dran, mit Hilfe seiner wirtschaftlichen Machtposition die Politik des Reiches und der Staaten zu bestimmen. Die kapitalistisch konzentrierte Politik läuft darauf hinaus, dem Staat ihren Willen aufzuzwingen und ihn zu beherrschen. Gegen diese kapitalistischen Kräfte kann nur die zentrale Macht der gesamten Arbeiterklasse erfolgreich ankämpfen. Die Konzentration aller Volkskräfte muß der kapitalistischen Konzentration entgegengestellt werden. Dies ist nur in einer einheitlich in sich geschlossenen Partei möglich. Durch die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien wird die Voraussetzung zu einem erfolgreichen Kampf geschaffen.

Daß die Einigung bitter notwendig war, das zeigt uns das Ergebnis der Gemeindevahlen in Thüringen. Mögen einige beiseite treten, sie werden vereinfachen und in der Arbeiterklasse keine Stütze für ihre sonderbare Auffassung finden. Gewiß, es bleiben viele grundsätzliche Streitfragen bei der Einigung ungelöst, sie werden ihre Lösung innerhalb der neuen Partei nach demokratischen Grundsätzen finden. Gegensätze werden immer in einer Massenpartei vorhanden sein; sie waren schon vorhanden an der Wiege der deutschen Sozialdemokratie. Aber trotz aller dieser Gegensätze schritt die alte Partei von Erfolg zu Erfolg. Die geschichtliche Entwicklung hat ihr, wenn sie fehlgegangen war, letzten Endes wieder den richtigen Weg gewiesen. So wird es ebenfalls in der neuen vereinigten sozialdemokratischen Partei sein.

Durch die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien wird die Kampfkraft der Arbeiterklasse bedeutend verstärkt, die Werbekraft wesentlich erhöht. Die Zeiten des Bruderkampfes gehören der Geschichte an. Die Arbeiterklasse wird wieder Vertrauen gewinnen zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und werden jene, die des Bruderkampfes überdrüssig geworden und beiseite getreten waren, wieder zurückkehren in die Partei.

Die Arbeiterklasse steht mit der Einigung an einem großen geschichtlichen Wendepunkt der deutschen Arbeiterbewegung. Gera, Augsburg und Nürnberg sind Marksteine in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Der Parteitag in Augsburg hat einmütig ohne Diskussion der Einigung jubelnd zugestimmt. Es zeigt dies, daß man dort mit ganzem Herzen an dem Einigungswerk wirkte. Gera wird dem Beispiel Augsburgs folgen. Das Werk der Einigung, das von Tausenden von Arbeitern sehnlichst erwartet wurde, ist endlich erfüllt.

Als vor einigen Wochen unter dem Eindruck des Mordes an Walter Rathenau die beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammentraten und den Willen zur organisatorischen Wiedervereinigung bekundeten, da löste diese Tatsache einen wahren Schreck beim Bürgertum aus. Das Verlangen nach einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft war die Folge. Das Bürgertum hat erkannt, daß durch die Einigung der beiden sozialistischen Parteien die Macht der Arbeiterklasse bedeutend erhöht wird. Das Verhalten des Bürgertums zeigt uns, daß wir mit dem Einigungswerk auf dem richtigen Wege sind. Ueber diese Tatsache kann auch das Gefächze derjenigen nicht hinwegtäuschen, die das Wort der Einigung immer am häufigsten im Munde führten. Die Stipendiaten von Mostau, die heute wahre Schimpfkanonaden anstimmen über die Einigung der beiden Parteien, werden sehr bald einsehen müssen, daß mit dem Schritt der Einigung auch ihre wüste Agitation unter der Arbeiterklasse keinen Boden mehr findet. Auch die Kommunisten haben nur aus dem Bruderkampf gewinnen können. Es ist bedauerlich, daß nicht die gesamte Arbeiterklasse in diese Einigung einbezogen werden konnte. Bei der geistigen Einstellung der Kommunisten ist an eine Einigung mit ihnen nicht zu denken. Die kommunistische Partei ist nur eine Filiale der Moskauer Regierung, die die Arbeiterklasse anderer Länder ihren politischen Zwecken dienstbar machen will. Hinter dem Ruf der Einheitsfront verbirgt sich die elende Frage der Heuchelei. Nicht die Einigung wollen sie, sondern die Zertrümmerung jeder organisatorischen Waffe der Arbeiterklasse, damit sie über die Arbeiterklasse in ihrem Sinne herrschen könnten. Dies bedeutete aber gleichzeitig die Auslieferung der Arbeiterklasse an ihre Ausbeuter. Die Einigung dieser beiden starken Flügel der Arbeiterbewegung muß unbestreitbar die Wirkung auslösen, daß die kommunistische Partei über eine fettenhafte Bewegung nicht hinauswachsen kann. Freilich, auch eine fettenhafte Bewegung kann die Arbeiterbewegung schwer schädigen. Aber gegenüber den großen Massen, die in den vereinigten sozialdemokratischen Parteien zusammengefaßt sind, kann die kommunistische Agitation nicht mehr den Schaden anrichten, den sie bisher angerichtet hat.

Für die Gewerkschaftsbewegung ist die Wiedervereinigung ein ungeheurer Gewinn. Wenn auch die Gewerkschaften von der Spaltung nicht direkt betroffen waren, so litten sie doch ungemein darunter. Dies kam nicht nur auf den Gewerkschaftskongressen und den Generalversammlungen der Gewerkschaften zum Ausdruck, sondern die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaften ist von diesem Kampf beeinflusst worden. Die Wiedervereinigung der sozialdemokratischen Parteien wird, deshalb auch die Gewerkschaften im günstigen Sinne beeinflussen und ihrer Arbeit wird ein höherer Erfolg als bisher beschieden sein. Die Gewerkschaften begrüßen deshalb diese große geschichtliche Tat der Wiedervereinigung auf das lebhafteste. Möge die neue Partei unter einem günstigen Stern ihre Arbeit in voller Geschlossenheit aufnehmen und unter Wahrung der Grundsätze marxistischer Erkenntnisse den Kampf gegen die Reaktion, gegen den Kapitalismus, für die Verwirklichung des Sozialismus aufnehmen.

Einigung!

Dieses schöne Wort spielt in den Tagen, wo diese Zeilen entstehen, in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung eine große Rolle. Und wenn die Einigung zur Tatsache wird, so wird das Wort auch im Ausland einen Nachhall finden, der die sozialistische Arbeiterbewegung von neuem befruchten dürfte. Wird der Riß, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung entzweite, in Deutschland geheilt, so wird die Heilung des Parteikörpers auch im Ausland schnell vor sich gehen, und bald wird dann die internationale sozialistische Arbeiterbewegung wieder als einheitliches Ganzes wirken wie vor dem Weltkrieg, aber unter den durch den Krieg fast überall zugunsten der Demokratie veränderten Verhältnissen mit viel mehr Erfolg als vordem. Denn auch im Ausland hat sich ja die Spaltung fast überall vollzogen, und wo sie nicht vollzogen wurde, hat man sie wenigstens versucht.

Wie ist die Spaltung entstanden? In Deutschland hat man sie

Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk.

V.
In der Schenkstube des dritten Aktes ertönt das Weberlied dann schon als trotziger Kampfgesang aus den Kehlen einer Gruppe junger Weber, im vierten hören wir es wie Sturmgewehr hinter der Szene, bevor die Menge Dreißigers Haus stürmt. Im letzten Akte endlich schwillt es vor dem Kampf mit der Soldateska zur großen Stimme wild rasender Verzweiflung an, die doch, sagt Hauptmann, klingt „wie ein dumpfes monotones Wehklagen“.

Keine dramatische Steigerung? Kann man sich einen Abschluß der Tragödie nicht nur von tieferer Symbolik, sondern auch, rein dramatisch angehen, von stärkerer Durchschlagkraft denken als die Soldatenlugel, die als erstes Opfer gerade den alten Weber Hilfe durchbohrt, ihn, der unbekümmert um der Kameraden Kampf, in stillem Gottvertrauen sich wieder an den Webstuhl gesetzt hat, als sei nichts geschehen, genau wie seit vierzig und mehr Jahren einen Tag um den andern? . . .

Mit dem am Schluß des vorigen Kapitels Gesagten sind wir schon hineingekommen in die äußeren Schicksale der Weberdichtung. Ein paar Worte auch hierüber noch!

Franz Diederich hat einmal festgestellt: „Keines der Bühnenwerke gesellschaftlicher und politischer Rebellion, die seit zweihundert Jahren geschichtliche Bedeutung erlangt, hat ein solches Maß von Verfolgung erfahren wie dies Stück.“ Das ist keineswegs übertrieben.

Die öffentliche Aufführung wurde zunächst durch Berliner Polizeiverfügung vom 12. März 1892 verboten. Es dürfte heute inter-

essieren, aus der Begründung dieses Verbotes ein paar Sätze kennenzulernen. Nachdem die Handlung ausführlich geschildert worden ist, erklärt der Polizeibeamte:

„. . . Diese Züge zeigen klar, daß das Drama nicht etwa nur die Härterzigkeit einzelner Besitzer und ihrer Werkzeuge schildert, vielmehr sind alle im Rahmen des Stückes auftretenden Bestenben als die brutalen Ausbeuter der Arbeiterklasse hingestellt, und es ist, da doch nach der Darstellung des Stückes die Organe von Staat und Kirche die vollberechtigten Klagen der Ausgebeuteten abgewiesen haben, die ganze Staats- und Gesellschaftsordnung der Zeit, in welcher sich die Handlung abspielt, als des Bestehens unwert geschilbert. Darum erscheint die gewaffnete Erhebung der unterdrückten Arbeiterklasse hier als die unabwendbare Folge der sozialen Mißstände, die Beteiligung am Aufstande ist als die Pflicht des tüchtigen Mannes hingestellt.“ Eine solche Pflicht könne natürlich nicht anerkannt werden, deshalb sei die öffentliche Aufführung des Stückes zu verbieten. . . .

So mußte denn die Freie Bühne — ihrem Namen getreu — abermals in einer geschlossenen Vereinsvorstellung einem Werke des Dichters die Freistadt bieten. Hier gingen die „Weber“ am 26. Februar 1893 zum erstenmal über die Bretter — mit ungeheurer Wirkung. Wie vorhin schon erzählt, begann alles, was unter den Fahnen der sozialen und politischen Reaktion foßt, ein wildes Kesseltreiben gegen Hauptmann und sein Werk. Im Landtage entrüsteten sich noch ein paar Jahre später die Junker und Junkerengenossen in allen Tonarten über den „Unsturz, der nun sogar auf die Bühne getragen“ worden sei, und Herr von Köller, der unvergessene preussische Polizeiminister, stimmte ihnen im Namen der Regierung ausdrücklich zu. Von Junkerlippe fiel in jenen Tagen das schöne Wort: „Dieser Hauptmann gehört hinter Schloß und Riegel!“

Inzwischen wurden bei den Gerichten heisse Kämpfe um die Aufführung des Dramas ausgefochten. Sie führten schließlich auch zum Erfolge: am 2. Oktober 1893 entschied des Oberverwaltungsgericht, die von der Berliner Polizei bisher verhinderte Aufführung der „Weber“ sei freizugeben. So erlebten die „Weber“ denn am 25. September 1895 in Berlin auch ihre erste öffentliche Darstellung, und zwar im Deutschen Theater. Worauf Wilhelm II. entrüstet seine Loge in diesem Theater kündigte. In der Deffentlichkeit noch nicht bekannt ist, glaube ich, der spätere Ausdruck dieses Herrn: „Natürlich weiß ich, daß Gerhart Hauptmann der bedeutendste deutsche Dichter unserer Zeit ist. Aber — ich kann ihm nun einmal seine „Weber“ nicht verzeihen.“ Und deshalb verlagte Preußens letzter König zweimal dem Verlangen aller Sachverständigen, die den „bedeutendsten deutschen Dichter unserer Zeit“ mit dem Schillerpreise krönen wollten, die Zustimmung. . . .

Während in Berlin die „Weber“ in der Mitte der neunziger Jahre mehrere hundert Male gespielt wurden, führten — unbekümmert um die Entscheidung des höchsten preussischen Gerichtshofes — die Bezirks- und Ortsbehörden ihren Kampf gegen das Stück mutig weiter. Immer wieder wurde, bald hier bald dort, die Aufführung verboten, immer wieder mußten Beschwerden eingereicht, immer von neuem mußte der Weg der Klage beschritten werden. Ja — der Minister von Köller feuerte von der Landtagstribüne herab die Polizeibehörden geradezu an, in ihrem Kesseltreiben gegen das Stück nicht zu erlahmen. Wenn es auch, so meinte der Minister, durch Gerichtsbeschluß für die Logusbühne des Deutschen Theaters in Berlin leider zugelassen sei, so müsse doch unter allen Umständen verhindert werden, daß auch die breiten Volksmassen das aufreizende und „sittenlose“ Stück kennen lernten. Diese ministerielle Heße hatte zur Folge, daß der Präsident des Oberverwaltungsgerichts, Dr. Per-jus, zu seinen Abschied eintommen mußte. . . .

jeft eigentlich nur auf die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion zurückgeföhrt. Sie ist aber auch da entstanden, wo die Sozialisten die Kriegskredite verweigerten, wie in Rußland, und da, wo es weder Kriegskredite zu bewilligen noch zu verweigern gab, wie in den im Kriege neutral gebliebenen Ländern. Die Ursache der Spaltung ist also nicht in den Kriegskrediten zu suchen, sondern ganz woanders. Und man kann sie leicht finden, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Hoffnungen innerhalb der sozialistisch gefömmten Kreise überall vor dem Kriege auf einen etwa eintretenden Krieg für eine soziale Revolution gesetzt wurden. Für diese wurde in den Massen die wirtschaftliche Entwicklung längft für reif erachtet, und als einziges Hemmnis für sie wurden nur die stehenden Heere angesehen, die zu besiegen unmöglich schien. Ebenso unmöglich schien es den Massen aber auch, die stehenden Heere für die Revolution zu gewinnen. Sollte sie siegen, so mußte für sie also ein Zeitpunkt abgepaßt werden, wo die stehenden Heere so in Anspruch genommen wären, daß sie für die Bekämpfung einer Revolution nicht in Betracht kämen.

Und ein solcher Zeitpunkt begann mit der Eröffnung des Krieges. Der von den Massen erwartete Aufruf zur Revolution blieb aber aus. Statt dessen wurden sie aufgerufen, ihr Land zu verteidigen, in den Krieg zu ziehen, statt in die Revolution.

Das mußte alle erbittern, denn den Krieg als Anlaß betrachteten, Revolution zu machen. Ihre Erbitterung legte sich zwar bald und schlug mit den ersten großen Siegen bei uns in Deutschland in Nationalismus um; in Frankreich brachten es die Niederlagen dazu und das graufame Wirken der entseffelten Kriegsmarine; in England die immer häufiger auftretende Geföhrdung des Inselreichs.

Mit den ersten Niederlagen Deutschlands schlug indes die Stimmung bei unseren selbstgrauen Genossen wieder um. Das geschah vollends, als sie sahen, daß sich im Offizierskorps die Selbstsucht immer breiter machte. Als dann im Felde noch für schleunigste und unbedingte Beendigung des Krieges Stimmung gemacht wurde, zeigte sich der alte revolutionäre Drang wieder von neuem, und die Revolution wurde gemacht.

Es war aber nicht die, welche man erhofft hatte: die deutschen sozialistischen Arbeiter wollten nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Revolution, wie sie Rußland bekommen hatte. Und Rußland wurde immer mehr deutschen Sozialisten zum Vorbild, und nicht nur den Massen, sondern auch einer großen Anzahl ihrer Führer. Da aber nicht alle Massen und alle Führer auf Rußland schworen, so mußte sich notwendigerweise eine Spaltung vollziehen. Außerlich fand sie ihre Ursache in der immer wieder erneuten Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, in innerlich hatte sie ihre Ursache in der Ansicht, daß Deutschland auch können müsse, was Rußland gekonnt hat. Und in den übrigen Ländern wartete man auf die soziale Revolution in Deutschland, um sie dort fortzuführen. Die ihre Hoffnung auf sie setzten, bildeten die Parteien, welche sie sofort herbeiföhren wollten. Die keine Hoffnung auf sie setzten, sondern nur eine schrittweise Sozialisierung für möglich hielten, auch die Erfolge der russischen Revolution in Zweifel zogen, blieben in der alten Partei.

Alle Hoffnung auf einstige Wiedervereinigung der Parteien schien eitel zu sein. Und wenn die Erfolge der Revolution in Rußland andere gewesen wären, so hätte entweder die alte Partei revolutionär werden müssen in dem Sinne wie die neue es wurde, oder sie wäre von dieser aufgefaßt worden. Doch die „Erfolge“ der russischen Revolution waren, in ihrer ganzen Nacktheit gesehen, so trostlos, daß die meisten Mitglieder und Anhänger der neuen Partei sich von Rußland losgaben. Das mußte eine abermalige Spaltung der abgepaltenen Partei zutage bringen. So blieben die von neuem für sich, die auf Rußland schworen und seine Methoden auch nun noch nachahmen wollten, als diese sich längft als verfehlt erwiesen hatten und Rußland noch weniger ein soziales Staats- oder Gesellschaftswesen ist als jeder andere Staat. Zwischen den beiden anderen Parteien waren kaum noch Unterschiede zu entdecken. Und immer lauter erscholl nun auf beiden Seiten der Ruf nach Wiedervereinigung.

Sie wird nun sicher zusande kommen — daran ist nicht mehr zu zweifeln —, und in einigen Wochen werden wir in Deutschland nur noch eine sozialdemokratische Partei haben. In den anderen Ländern vielleicht erst im anderen Jahre, aber doch ebenso sicher. Die internationale Verbindung wird gleichfalls eine einheitliche werden, noch bevor das nächste Jahr zur Reize gegangen sein wird.

Und diese Einigung wird überall den Tod der Kommunisten Parteien bedeuten. Sie könnten nur am Leben bleiben, wenn sie an Rußland ein so gutes Beispiel hätten, wie es schlecht ist, oder wenn das jetzt schlechte Beispiel so gut werden würde, wie es schlecht ist.

Dafür ist aber keine Aussicht vorhanden. Und selbst wenn die Kommunisten, unbekümmert um Rußland und seine Mißerfolge, Mut und Glauben genug hätten, es überall besser machen zu können, so würde es ihnen doch an der zu solchen Versuchen nötigen Macht und Kraft fehlen. Sie müßten deshalb auf lange Zeit solche Versuche entweder unterlassen, oder diese müßten, unternommen, erfolglos scheitern. Wedes muß ihre Zahl in kurzer Zeit so verringern, daß sie als politische Macht nirgends mehr auch nur im bescheidensten Maße in Betracht kämen. Ihre Nachläufer und Mitläufer werden wieder in den ja immer noch vorhandenen politisch gleichgültigen Massen verschwinden, ihre überzeugten Anhänger werden zur geeinten Partei zurückkehren und deren Aktionskraft stärken helfen.

Je stärker diese aber sein wird, je größer werden die Erfolge der Partei sein. Je größer ihre Erfolge sein werden, um so mehr wird sie wachsen. Und mit ihrem Wachsen mehren sich ihre Erfolge von neuem.

Und das wird so lange so gehen, bis sie die politische Macht ganz in Händen hält und Kraft dieser Macht politisch herrschen kann.

Und weil diese Herrschaft ausgeübt werden wird auf demokratischer Grundlage, wird sie nicht mehr leicht erschüttert werden können, noch weniger aber beseitigt. Und dieser Herrschaft wird es möglich werden, das ganze Wirtschafts- und Gesellschaftswesen schrittweise nur, aber sicher und erfolgreich im Sinne des Völkern vom Reich des Kapitals befreienden Sozialismus umzuformen.

Deshalb begrüßen wir die in Augsburg zutage getretenen Einigungsbestrebungen als den Anfang einer von Millionen herbeigeföhnten erlebenden Tat, deren Fortsetzung und Vollendung wir in Gera und Nürnberg schon als sicher voraussehen, mit dem Dichter Lessen, der sang:

Es ist wie Frührotflammen
Nach langer, banger Nacht!
Nun hattet fest zusammen,
Ihr steht auf heil'ger Wacht.
Ihr sollt die Zukunft bauen
Was wieder sonnenklar,
Dazu braucht Ihr Vertrauen:
Bleibt stark und treu und wahr!

Zur Brotpreiserhöhung.

Zur selben Zeit, als der ADGB von der Regierung verlangt, daß sie endlich energische Schritte unternimmt, um die Auswucherung breiter Volksschichten zu unterbinden, die bedroht werden, in einer wahren Sturmflut von Not und Elend unterzugehen, erteilt uns die Kunde, daß die Wünsche der Agrarier befriedigt werden sollen, nach welchen der Preis für das Umlagegetreide bereits für das erste Ablieferungsdrittel wesentlich erhöht werden sollte. Der Ausschuß zur Begutachtung der Preise für Umlagegetreide hat beschlossen, daß für die Festsetzung der Preise für das erste Drittel der Umlage die Indeziffern für August, September, Oktober zugrunde zu legen sind. Außerdem ist der Ernteausfall des laufenden Wirtschaftsjahres gegenüber dem Vorjahre zu berücksichtigen.

Die umfassen, der Kommission vorgelegten Unterlagen, die stark agrarischen Geist atmen, ergeben folgende Indeziffern:

Für das Erntejahr 1921/22 7015,50 Mk., für die Monate September/Oktober 15114,50, für die Monate Juli/Oktober 20437,50, für die Monate August/Oktober 20619,30. Demnach hat die Ausschuhmehrheit den höchsten mit Hilfe des Indezifferverfahrens zu erachtenden Preis verlangt und auch erhalten. Sie forderte aber auch noch die Berücksichtigung des von ihr auf 20 Proz. angegebenen Ernteausfalles und kam so unter Einrechnung des Monats Oktober, der bereits zum zweiten Drittel der Umlage gehört, auf einen Preis von 27624 Mk. für die Tonne. Das ist das Vierfache des bisher 6100 Mk. betragenden Preises für die Tonne Roggen. Dr. Herz berechnet, daß durch die Verwirklichung dieses Beschlusses dem Reich für das erste Drittel der Umlage eine Mehrausgabe von 17 1/2 Milliarden entstehen würde. Falls sich auf den neu beschlossenen Preis auch die Preise für das 2. und 3. Drittel aufbauen würden, so würde sich dieser Betrag noch verdreifachen, die Landwirtschaft also eine Mehreinnahme von im ganzen 50 Milliarden Mark zu erwarten haben. Da das Reich diesen Betrag nicht aus eigenem Aufbringen kann, müßte er auf den Brotpreis geschlagen werden. Der Brotpreis aber steige ohnedies Mitte Oktober durch die Verteuerung des Auslandgetreides um etwa das Dreifache, d. h. auf 100 Mk. für ein Vierpfundbrot. Käme die vom Ausschuß beschlossene Preiserhöhung hinzu, so würde ein Vierpfundbrot am 15. Oktober auf 150 Mk. zu stehen kommen.

Diese Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide durch den Ausschuß zur Begutachtung dieser Preise stellt eine direkte Befehlsverletzung dar, und zwar deshalb, weil der Reichstag nach § 50 des Umlagegesetzes vom 4. Juli 1922 bereits festgelegt hat, daß der Preis für das erste Drittel der Umlage für Roggen 6900 Mk., für Weizen 7400 Mk., für Gerste 6700 Mk., für Hafer 6600 Mk. je Tonne beträgt. Für das zweite und dritte Drittel der Umlage setzt die Reichsregierung die Preise auf der Grundlage des in Absatz 1 festgesetzten Preises nach Erhöhung des Ausschusses fest. Die beiden sozialdemokratischen Parteien haben dem Umlagegesetz nur zugestimmt, weil die Preise in demselben festgelegt wurden. Im anderen Fall hätten sie dagegen gestimmt. Der Ausschuß hat also etwas getan wozu er gar keine Machtbefugnis hatte. Er ist hier lediglich den Wünschen der Agrarier entgegengekommen, ohne Rücksicht zu nehmen auf breite Kreise der Bevölkerung, die durch die Brotpreiserhöhung in empfindlichster Weise geschädigt werden. Daß dieser Beschluß in einer Zeit gefaßt wurde, wo weite Kreise der Bevölkerung durch die Not in der schlimmsten Form gepeinigt werden, und deren Vertreter von der Regierung wünschten, daß Maßnahmen getroffen werden, um die Teuerung zu bekämpfen, muß als eine der schlimmsten Herausforderungen dieser Kreise gewertet werden. Es ist ein Beweis dafür, daß auch in dem heutigen Deutschland die Agrarier nur verlangen dürfen, und gleich findet sich ein Ministerium bereit, deren Wünsche zu erfüllen. Die Agrarier haben bisher mit der Ablieferung des Umlagegetreides zurückgehalten. Der Reichslandbund hatte ja die Agrarier direkt aufgefordert, das Gesetz des Getreideumlageverfahrens zu sabotieren. Die Brotversorgung wurde hierdurch in der schlimmsten Weise gefährdet. Anstatt daß nun die Regierung Maßnahmen getroffen hätte, um der Sabotage der Landwirte entgegenzuwirken, geht sie dazu über, die Wünsche dieser Kreise, die nimmer satt werden können, zu befriedigen. Dies zeigt, daß die Regierungskreise nicht das geringste Verständnis für die Notlage der breiten Volksschichten haben. Sie gehen immer den Krebsgang, sobald Agrarier in irgendwelcher Form ihre Wünsche aufstellen, und auch dann, wenn sie direkt gegen bestehende Gesetze verstoßen. Dies ist aber nur möglich, weil der Ernährungsminister selbst ein großer Freund jener agrarischen Kreise ist.

Wie weit die agrarische Unverschämtheit sich versteigt, wird in der „Leipziger Volkszeitung“ durch ein Beispiel besonders illustriert. Nach der „Leipziger Volkszeitung“ hat ein Ausschuhmitglied einer Personalvereinigung zur Beschaffung von Kartoffeln für den Winter mit Herrn Friedrich in Hirschfeld, Mitglied des sächsischen Landtags, eine Aussprache gehabt. Auf die Anfrage, ob er bereit wäre, ihm aus der Kartoffelernte einen Teil des Bedarfs an Speisekartoffeln gegen Barzahlung zu liefern, sagte dieser Herr folgendes:

„Wenn ich Kartoffeln abgebe, müssen dieselben genommen werden, wie sie sind. Natürlich abholen, denn hereinfahren nach Leipzig fällt mir gar nicht ein. Das will ich Ihnen aber sagen, wenn der Preis von der Regierung festgelegt wird, wie ich hörte auf 160 bis 180 Mk. pro Zentner, dann bekommen Sie keine Kartoffeln von mir und von vielen anderen auch nicht. Ich lasse mir keine Preise vorschreiben. Meine Kartoffeln werde ich dann verfüttern, und was übrigbleibt, fahre ich dann auf den Mist. Die sächsische Regierung darf nicht denken, daß sie mit uns machen kann, was sie will. Sie sehen es ja an der Getreideumlage. Sonst werden für den Zentner Getreide 3000 Mk. bezahlt, und wir müßten den Zentner für 300 Mk. hergeben. Die werden schon sehen, was zukommenkann. Auf meinen Feldern habe ich durchschnittlich auf jedem Ader 30 bis 31 Zentner geerntet.“

Aus diesem Beispiel heraus wird die Unerföhllichkeit der Agrarier grell beleuchtet. Sie benutzen die Notlage des Volkes zu ihrer Bereicherung. Diesen Schödlingen muß das Handwerk gelegt werden. Freilich, wenn man so handelt, wie dies gegenwärtig geschieht, so wird dieser agrarischen Frechheit nicht entgegengewirkt, sondern sie wird direkt herausgefordert. Es ist deshalb zu begrüßen, daß bereits auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Augsburg durch den Parteivorstehenden Hermann Müller entschiedener Einspruch gegen diesen Beschluß erhoben worden ist. Müller hat angekündigt, daß, wenn die Regierung diesem Beschluß Rechnung tragen sollte, man die Verantwortung nicht mehr tragen könnte, einem solchen Reichskabinett anzugehören. Dieser Protest ist dem Reichskanzler mitgeteilt worden. Man hat also auf dem Augsburger Parteitag keine Zweifel darüber gelassen, daß man dann aus der Regierung ausscheiden müßte, um schließlich die Verantwortung den kapitalistischen Kreisen für ihre Handlung selbst zu überlassen. Dieser Beschluß ist zu begrüßen, denn so, wie heute die Dinge liegen, kann es nicht mehr weitergehen.

Wie groß das Elend in den Arbeiterfamilien vorgeschritten ist, zeigen uns die Zahlen über das Bekleidungsdefizit, welche das Reichsgesundheitsamt in einer Denkschrift niedergelegt hat. Danach hatten zu Beginn des Jahres 1920 in Berlin zum Beispiel 25 Proz. aller Kinder keine Mäntel, 28 Proz. keine Schuhe, in vielen Familien mußten die Kinder im Bett bleiben, weil keine Kleidung für sie da war. Der Polizeipräsident von Berlin-Schöneberg meldete, daß in manchen Schulen kein Kind ein ganzes Hemd trug. Vielfach war die Kleidung aus alten Dedern, Vorhängen und dergleichen in der dürtigsten Weise zusammengeffickelt. In Straßburg bestanden die Kleidungsstücke vieler Schulkinder aus zusammengeffickelten Fellen. Strümpfe fehlten vielfach. Ähnlich lauteten die Berichte aus Minden und Breslau. Die Untersuchungen, die im Februar 1921 in den vier untersten Klassen der Volksschule in Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Heidelberg angestellt wurden, zeigten, daß 11 Proz. ungenügende Oberkleidung und 17 Proz. ungenügende Unterkleidung hatten. Ohne Unterkleidung waren 2 Proz., keine Strümpfe hatte 1 Proz. Das Schuhwerk war bei 17 Proz. ungenügend. Manche Kinder hatten überhaupt keine Schuhe, dabei herrschte damals nur 1 Grad Wärme. Das sächsische Ministerium des Innern meldet, daß Schulkinder ohne Hemd keine Seltenheit sind. Im Bezirk Pirna hat bis zu ein Drittel der Klassen kein Hemd, oder die Kinder besitzen nur ein Hemd, das stark zerrissen ist. Ebenso wird aus Dessau, Ubed und anderen Städten berichtet, daß die Verklumpung immer weiter fortschreitet. Die Kreisdirektion Holzjinden und Gantersheim stellte auf dem platten Lande einen fast noch größeren Mangel an Kleidung als in der Stadt fest, und überall herrscht ganz besondere Not an Windeln und Leibwäsche für Säuglinge.

Das ist heute das Los der Proletarier, die unter der Not und dem Elend zugrunde gerichtet werden. Keine Volksschicht steht sich heute so gut wie die Landwirte. In der Landwirtschaft war es möglich, in der Zeit der größten Volksnöte alle Schulden abzutragen. Die Landwirte verdienen riesige

Summen, und trotz dieser Tatsache kommt das Reichsernährungsministerium und der Ausschuß zur Begutachtung der Preise den Agrariern in dieser Weise entgegen. Von Verantwortlichkeit war dieser Beschluß wahrhaftig nicht getragen. Wenn es im Lande vielfach zu Lebensmittelkrawallen gekommen ist, so sind dieselben unter Beachtung des gegenwärtig herrschenden Elends verständlich, wenn auch nicht zu entschuldigen. Das Reichsernährungsministerium hätte allen Grund mitzuwirken, daß die Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinungen beseitigt würden. Die Preiserhöhung für das Umlagegetreide wirkt aber geradezu in entgegengesetzter Richtung. Sie provoziert die breiten Massen in der schlimmsten Form. Es muß auch noch beachtet werden, daß im Oktober eine ganz bedeutende Erhöhung der Mieten eintritt. Die Beschaffung von Heizmaterial ist bei den weitaus größten Teilen des Volkes fast zur Unmöglichkeit geworden. Und wenn dann letzten Endes noch das Brot fehlt, dann ist eine Situation geschaffen, deren Auswirkung sich nicht ausdenken läßt. Die Links- und Rechtsbolschewisten können ihre wahre Freude an dem Beschluß der Brotpreiserhöhung haben; er treibt ihnen genügend Wasser auf ihre Mühlen.

Auch bürgerliche Blätter beginnen einzusehen, daß dieser Beschluß uns in eine Katastrophe hineintreiben muß. So schreibt das „Berliner Tageblatt“, „daß die vom Ausschuß beantragte Verteuerung des Preises bei der allgemeinen Teuerung für die städtischen Massen nicht tragbar ist“. Die „Voss. Zeitung“ bringt einen sehr instruktiven Artikel über die Hungersnot in Ungarn, die dadurch verschuldet ist, daß dieses Land mit seinen Breiten an die Weltmarktpreise herangegangen ist, ohne auf die Kaufkraft der Konsumenten Rücksicht zu nehmen. Diese Preispolitik habe bewirkt, daß in einem der getreide-reichsten Länder Europas eine förmliche Hungersnot hervorgerufen worden ist.

Diese Tatsachen sollten endlich auch den in Deutschland regierenden Kreisen zu denken geben. Eine weitere Erhöhung des Brotpreises läßt uns den „Segen der freien Wirtschaft“ in geradezu unheimlicher Weise fühlbar werden.

Zur Teuerungssaktion der Gewerkschaften.

Am 11. September war eine Anzahl von Partei- und Gewerkschaftsvertretern beim Reichspräsidenten zur Besprechung der politischen und wirtschaftlichen Lage. Außer den Vertretern des ADGB waren von Gewerkschaftern noch Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes anwesend.

Am 12. September fand beim Reichswirtschaftsminister Schmidt eine Besprechung statt, an der auch der Ernährungsminister Fehr teilnahm.

Bei diesen Zusammenkünften drehen die Verhandlungen sich zum überwiegenden Teile um die Sicherung der Ernährung und die mögliche Begrenzung der Teuerung.

Ueber die bisherigen Erfolge dieser Bemühungen ist folgendes mitzuteilen:

Das geforderte Einfuhrverbot für eine Reihe von Luxusergußnissen und Rohstoffen ist bereits eingetreten. Es bleibt so lange bestehen, bis die nötigen Vorarbeiten für die in Aussicht genommene Erhöhung der Einfuhrzölle erledigt sind.

Ebenso ist eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben eingetreten. Die Forderungen der Gewerkschaften betr. Verbot der Verwendung von Inlandzucker für die Herstellung von Luxusergußnissen sind in vollem Umfange anerkannt worden und in Form einer Verordnung zur Durchführung gelangt. Der Bedarf der Bevölkerung an Zucker für den Hausgebrauch im kommenden Wirtschaftsjahr soll durch Beschlagsnahme sichergestellt werden. Den einzelnen Landesregierungen steht es frei, den Verbrauch zu rationieren.

Ferner ist eine wesentliche Einschränkung in der Herstellung von Starbieren erfolgt. Man ist hier allerdings nicht ganz soweit gegangen, wie die Gewerkschaften es gefordert haben. Immerhin haben die verfügbaren Maßnahmen eine wesentliche Ersparnis an Getreide zur Folge.

Die Versorgung mit Brotgetreide ist schon jetzt bis zum Frühjahr sichergestellt. Nötigenfalls soll eine Streckung der zur Verfügung stehenden Mengen ins Auge gefaßt werden. Die vielfachen Gerüchte über eine schlechte Getreideernte sind stark übertrieben und gehen von solchen Kreisen aus, die ein Interesse an der Verbreitung derartiger Hiobsbotschaften haben.

Die Versorgung mit Kartoffeln ist durch eine großzügige Kreditaktion sichergestellt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die diesjährige Kartoffelernte die besten Ernten, die in Jahrzehnten dagewesen sind, übertrifft werden wird. Es ist also mit einem starken Angebot zu rechnen, das einigermaßen auf die Preise drücken dürfte. Der Handel und ebenso die Konsumgenossenschaften halten deshalb auch noch mit Kaufabschlüssen zurück.

Außerdem ist der Vorstand des ADGB mit Erfolg bemüht gewesen, die Kartoffeleinfuhr aus untervalutarischen Ländern zu fördern, was gleichfalls preisausgleichend wirkt. Die Bemühungen sollen fortgesetzt werden.

Die von den Gewerkschaften weiterhin geforderten wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Erfassung der Spekulationsgewinne, Verbot der Fakturierung von Inlandsgeschäften in ausländischer Währung) sind Gegenstand ernster Beratung. Ihre Durchführung kann nur auf gefeßte Weise geschehen und bedarf daher notwendig gewisser Vorarbeiten.

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die in Betracht kommenden Stellen sich des Ernstes der Lage bewußt sind und sich bemühen, soweit es innerpolitisch möglich ist, den Gefahren entgegenzuwirken.

Daß die Wucherpolizei neuerdings den Geschäftsleuten sehr scharf auf den Leib rückt, dürfte aus der Tagespresse allgemein bekannt sein.

Der Achtstundentag und die Teuerung.

Achtstundentag und Teuerung werden jetzt oft im Zusammenhang genannt, und es wird dabei so dargestellt, als ob die Teuerung eine ihrer Ursachen in der gegen früher verkürzten Arbeitszeit finde. Wir haben bekanntlich schon oft auf das Falsche dieser Behauptung hingewiesen und nachgewiesen, daß die Teuerung auch nicht einmal zu einem kleinen Teile aus der Arbeitszeitverkürzung erwachsen sein könne, weil ja die Arbeitslöhne, in denen doch die Arbeitszeitverkürzung hinsichtlich der Preisbildung nur zum Ausdruck kommen könnte, bei uns in Deutschland so niedrig sind, daß sie — an dem Wertstande unserer Geldwährung gemessen — noch hinter den Löhnen der Arbeiter Japans zurückbleiben. Das bürgerliche Schlagwort: „Es muß mehr gearbeitet werden“, nicht nur, damit mehr herorgebracht, sondern auch, damit das Herorgebrachte billiger werde, entbehrt also, was die Preisbildung anbelangt, jeder Berechtigung.

Dennoch kann man aber in der bürgerlichen Presse immer wieder Artikel finden, in denen es heißt: „Es muß mehr gearbeitet werden!“ Wie wenig glaubhaft das aber dem Arbeiter von heute gemacht werden kann, zeigt ein Schreiben, das uns zu der Frage von einem unserer Mitglieder und Betriebsratsmitglieder in Rhendt mit der Bitte um Abdruck zugegangen ist. Der Kollege schreibt:

Der Achtstundentag und seine Widersacher.

In der bürgerlichen Presse kann man immer von neuem wiederkehrende Artikel finden, in denen es heißt: „Es muß mehr gearbeitet werden!“ Daß aber gerade diese Schreiber nach „mehr Arbeit“ arbeitsscheue Elemente sind, davon habe ich mich überzeugt. Jemand, der Ahnung von der Arbeit hat und auch jahrelang gearbeitet hat, kann sich nicht der Einsicht verschließen, daß 8 Stunden Arbeit völlig genug ist, soll der Arbeiter seine Körperkräfte nicht frühzeitig verbrauchen, wie es vor dem Kriege in Deutschland der Fall war.

Wie viele lungenseidende und körperlich zerrüttete Arbeiter haben wir gehabt! Es brauchte gar kein Schwächling zu sein — Männer

im besten Alter sind in großer Zahl auf der Strecke geblieben infolge der langen Arbeitszeit. Ich selbst bin Zweifelhülweber in der Buntweberei, an Stühlen, auf denen bis 180 Zentimeter breite Ware hergestellt wird, mit zumeist 6- oder 12zähligen Einschlag. Wer hier 8 Stunden geschuftet hat, dem kann man mit dem besten Willen nicht nachsagen, daß er gefaulenzet hat. Doch die Handlanger oder Goldschreiber der Unternehmer nehmen es mit der Wahrheit nicht genau — sie suchen nur noch mehr Profit aus den Knochen der Arbeiter herauszuschlagen. Es geht ihnen wie es in dem Vers heißt: „Je mehr er hat, je mehr er will, nie schweigen seine Klagen still“, oder wie Karl Marx schon sagte: „Ihre Profitgier geht über Tier- und Menschenleiber“.

Die Statistik über den Ausfuhrhandel weist zwar nach, daß die Ausfuhr bei weitem nicht die Höhe von 1914 erreicht hat. Dies hat aber auch seine Ursache. Zunächst haben die Unternehmer 1919 und 1920 massenhaft Produktionsmittel nach dem Ausland verkauft. Ob ihnen die Lust in Deutschland nicht gefiel oder ob sie Vorzore treffen und sich Geld im Ausland anlegen wollten, um für alle Fälle gesichert zu sein, wenn das Schiff in Deutschland nicht mehr gehoben werden könnte, ob sie dabei auch dem Steuerfiskus ein Schnippchen schlagen wollten — wer weiß es. Ohne diese Verschleuderung der deutschen Produktionsmittel könnte jetzt viel mehr Ware hergestellt werden.

Es wird auch ganz außer acht gelassen, daß ein großer Teil gut eingearbeiteter Textilarbeiter ihr Leben für die Kapitalisten hat lassen müssen — ohne diejenigen, die zu Krüppeln geschossen wurden. Es werden aber keine Arbeiter, die ihr Fach verstehen, aus der Erde gestampft; dazu sind, wie beim Handwerk, lange Jahre notwendig.

Hinzu kommt noch, daß im allgemeinen nach dem Kriege schlechtes Material verarbeitet wird. Es wird zum Teil „Dreck“ verarbeitet. Daß auch dadurch die Leistung geringer ist als bei gutem Material, ist selbstverständlich. Es fehlte bisher auch an gut ausgebildeten Fachmeistern; auch davon war im Kriege eine Anzahl auf der Strecke geblieben. Es muß noch festgestellt werden, daß die Industriellen nicht genügend Gewicht auf die Ausbildung der Fachmeister legen. Dadurch werden Fehler an den Webstühlen nicht so beseitigt, wie es sein muß. Wieviel Ware dadurch weniger hergestellt wird, das kann nur ermesen, wer praktisch in der Weberei tätig ist.

Alles dies brauchen die Unternehmer und ihre Goldschreiber nicht zu wissen, wenn sie nur nachplappern können: „Es muß mehr gearbeitet werden!“

Nun sind es aber nicht allein die Goldschreiber der Unternehmer, die auf dem Achtfundtag herumtrampeln, sondern auch die Ladenbesitzer, die Handwerksmeister, die Reisenden, die Kaufleute usw. Kommt ein Kunde in den Laden und beklagt sich über die hohen Preise, so sagt der Ladenbesitzer: „Das kommt durch die hohen Löhne und die geringe Arbeitszeit der Arbeiter.“ Und daß noch Leute darauf hineinfallen und dies glauben, das ist ein Zeichen dafür, daß wir viele denkfaule Menschen in Deutschland haben. Jeder, der sehen will, muß feststellen, daß die hohen Preise in Deutschland den Wucher zur Ursache haben. Sie sind auch dem Zwischenhandel geschuldet. War der Zwischenhandel schon früher groß, so hat er in der Nachkriegszeit noch eine bedeutende Erweiterung erfahren. Die vierjährige Kriegszeit hindurch wurde fast nur für die Heeresverwaltung gearbeitet, so daß ein richtiger Mangel an Ware entstand. Dies wurde von Leuten, die das Arbeiten anderen überlassen, gründlich ausgenutzt. Kleiderfabriken kauften Ware, verkauften sie wieder, und so ging die Ware durch sieben bis acht Hände, bevor sie verarbeitet wurde — jeder hatte aber ein tüchtiges Süß Geld daran verdient. Inhaber von Agenturen und Kommissionsgeschäften, die früher ein oescheidenes Dasein führten, sind zu Millionären geworden.

Ich will hier nun an einigen Beispielen beweisen, wie unverschämlich die Arbeiter und der Achtfundtag an der Teuerung sind. — Ich nehme die Baumwollgewebe, weil ich selbst über 40 Jahre in der Baumwollweberei beschäftigt bin.

Vor 1914 wurde im Gabbacher Industriebezirk, wo viele Decken und Tücher gewebt werden, für Betttücher, 2 Meter lang, die Breite zwischen 130 bis 170 Zentimeter, 2000 Schuß pro Meter, 11 bis 12 Pf. gezahlt. Diese Betttücher kosteten im Kleinhandel 2,30 bis 2,50 Mk., das machte 4 Proz. vom Preis der Ware. Zur Zeit, wo ich dies niederschreibe, kostet ein solches Bettuch bei gleicher Schwere 800 Mk. im Kleinhandel. Der Weblohn macht 16 Mk. — dies macht 2 Proz. des Preises der Ware. Schlafdecken von 2500 Schuß pro Meter kosten zurzeit, zu 2 Meter die Decke, im Kleinhandel 1000 Mk. An Weblohn kosten dieselben 22 Mk. = 2 1/2 Proz. des Warenpreises. Dieselbe Ware kostete im Kleinhandel 1914 3 Mk. pro Decke, Weblohn 22 Pf. oder 8 Proz. des Warenpreises. Jacquarddecken, 2500 Schuß pro Meter, kosten, die Decke 2 Meter lang, jetzt 1200 Mk. im Kleinhandel; Weblohn 26 Mk., etwa 2 1/2 Proz. des Warenpreises. 1914 kostete diese Decke im Kleinhandel 3,50 bis 4 Mk.; Weblohn 32 Pf. die Decke, das macht 8 Proz. des Warenpreises.

Die gesamten Baumwollwaren können hiernach beurteilt werden, denn soweit ich die Tarife früher und jetzt verfolgt habe, sind die Löhne in fast gleicher Richtung geblieben. Aber alle diejenigen, die von mehr Arbeit schreiben oder sprechen, brauchen nicht zu wissen, ob das, was sie gegen den Achtfundtag verzapfen, wahr ist oder nicht, wenn sie nur das Wörtchen „Mehr Arbeit!“ stammeln können und auch selbst die größten Faulenzer sind.

Wer wissen will, wovon die hohen Preise der Waren heute kommen, der betrachte sich nur das Leben derjenigen Kreise, die aus der Arbeit einen Nutzen ziehen, der ihnen gestattet, unausgeseht ein richtiges Schlemmerleben zu führen. Sie verteuern die Waren durch Gewinne aus der Arbeit — anderer natürlich! —, die im völlig ungetreuten Verhältnis zu ihren volkswirtschaftlichen Leistungen stehen. Sie können nur schlemmen, weil sie scheffeln. M. Sch.

Frauenkonferenz für den Bezirk Chemnitz.

Vom Gau Dresden war für Sonntag, den 10. September, eine Frauenkonferenz einberufen. Kollege Sachse eröffnete dieselbe mit einer kurzen Begrüßung der Delegierten. Als Vorsitzende wurde die Kollegin Fischer-Chemnitz und als Schriftführerinnen die Kolleginnen Jäger und Wexel gewählt. Die Konferenz war einberufen worden, um Maßnahmen zu treffen, durch welche die organisierten Frauen in höherem Maße zur Mitarbeit in der Gewerkschaft herangezogen werden könnten. Zur Tagesordnung stand: 1. Die Stellung der Frauen im Wirtschaftsleben und im Staate. 2. Die besondere Stellung der Frauen in der Textilindustrie und die Bedeutung der Textilindustrie im Wirtschaftsleben und auch im Staate. 3. Stellungnahme zur gegenwärtigen Teuerung.

Zum 1. Punkt hatte der Kollege Jäckel-Berlin, zum 2. Punkt die Kollegin Hoppe-Berlin und zum 3. Punkt die Kollegin Fischer-Chemnitz das Referat übernommen.

Kollege Florshütz-Chemnitz begrüßte vor Eintritt in die Tagesordnung die Konferenz und wünschte derselben guten Erfolg.

Hierauf nahm Kollege Jäckel das Wort zu seinem Referat. Er verwies einleitend auf die in der Vorkriegszeit abgehaltenen Konferenzen, die damals einberufen waren, um die Frau der Organisation zuzuführen. Heute gehört die Frau der Organisation an. Deshalb diene die gegenwärtige Konferenz einem anderen, höheren Zweck, und zwar dem, Mittel und Wege zu suchen, um die organisierten Frauen und Mädchen geistig zu befähigen, daß sie innerhalb der Gewerkschaften, des Staats- und Wirtschaftslebens erfolgreich mitarbeiten können. Er stützte hierauf die Stellung der Frauen in den früheren Wirtschaftskrisen, in welchen die Frau nur als die Dienerin, die Sklavin des Mannes betrachtet worden sei. Heute sei die Frau innerhalb des Staatswesens mit dem Manne gleichberechtigt, doch noch immer muß sie gegenüber dem Manne um ihre Gleichberechtigung kämpfen. Wir haben heute gegen 500 000 Frauen innerhalb des Textilarbeiterverbandes organisiert. Es sei dies eine gewaltige Leistung. Es ist aber eine viel

wichtigere Aufgabe, die Frau zu befähigen, innerhalb der Gewerkschaft gleich ihren männlichen Kollegen mitzuarbeiten. Es müsse noch vieles sich gestalten in dieser Richtung, was heute noch in Schöße des Werdenden ruht. Das Ende des Krieges hat ungeheure wirtschaftliche und politische Umgestaltungen innerhalb des Staates und der Wirtschaft gebracht. Das autoritäre Staatswesen brach zusammen und an dessen Stelle trat die Demokratie. Der Krieg habe aber auch auf der anderen Seite ungeheuerliche Wirtschaftsgebilde geschaffen. Der Redner verwies auf die kapitalistischen Konzentrationen.

Die Arbeiterklasse müßte heute zähe Kämpfe führen, um die demokratische Republik zu verteidigen, daneben aber auch ihre Lebenshaltung. Den Kampf, der heute geführt werden müsse, müßten die Frauen aktiv mitführen. Die Frauen müßten deshalb herangebildet werden, damit sie mitarbeiten könnten in der Verwaltung des demokratischen Staatswesens und der Wirtschaft. Die Frauen kennen heute die Verwaltungszweige innerhalb des Staates und der Wirtschaft noch nicht. Die Gewerkschaften müßten selbst in alle Stellen des demokratischen Staatswesens erst hineinwachsen und die Frauen müßten zur Mitverwaltung befähigt werden. Es gäbe heute verschiedene Kreise, die glaubten, es fehle nur an dem Willen des ADGB, wenn die Arbeiterklasse nicht den Staatsapparat in die Hand nehme. Dies sei nicht der Fall; um den Staatsapparat handhaben zu können, sei die geistige Befähigung notwendig. Diese geistige Befähigung müßte aber anernogen werden. Die Stellung der Frau, die sie innerhalb des Staatslebens und der Gewerkschaft einnimmt, ist ein Ergebnis ihrer Entwicklung. Die Menschheit sei herangewachsen aus einer langen Entwicklung, die bedingt war durch den Kampf ums Dasein, welcher die Menschheit auf eine immer höhere Stufe stellte. Jede Generation war die Lehrmeisterin der folgenden Generationen. Die ganze Entwicklung habe sich vollzogen, ohne daß dies dem Menschen so recht zum Bewußtsein gekommen sei. Erst Karl Marx, der größte Denker des 19. Jahrhunderts, habe erkannt, daß das menschliche Sein die Entwicklung bestimmt habe. Diese Erkenntnis sei heute noch nicht Gemeingut. Sie zum Gemeingut aller zu machen, sei Aufgabe der Gewerkschaften.

Kollege Jäckel schilderte hierauf die kapitalistische Produktionsweise. Die kapitalistische Produktionsweise zwingt heute die Arbeiter, Sozialisten zu werden. Es sei deshalb verfehrt, daß sich Leute einbilden, durch einen Schwertstreich die Produktion umzuwandeln. Man könne zwar ein Staatswesen durch die Revolution umstoßen, aber niemals die Defonomie. Voraussetzung zur Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in die gesellschaftliche Produktion sei die Befreiung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Die Mehrheit des Volkes denke heute noch bürgerlich. Sie kenne eben die Befehle der Entwicklung der Wirtschaft nicht. Gerade die Frauen haben sich bei den letzten Wahlen vom Bürgertum einfangen lassen, und zwar, weil sie in der Politik und Wirtschaft so wenig Bescheid wissen. — Kollege Jäckel schilderte hierauf die Stellung der Frauen von der niedrigsten Kulturstufe der Menschheit an bis zur Gegenwart. Er wies nach, daß die Unterdrückung der Frauen in der kapitalistischen Produktion stark zurücktrat. Das Maschinenzeitalter befreite nicht nur den Hörigen und Leibeigenen aus der Knechtschaft, sondern gleichzeitig auch die Frauen. Durch die moderne Fabrik sei die Stellung der Frau grundlegend geändert worden. Die Frau ist nicht mehr die Untergebene des Mannes, sondern sie ist zur gleichberechtigten Kollegin geworden. Mann und Frau kämpfen innerhalb der Wirtschaft auf dem gleichen Kampfsooden um die gleichen Ziele. Dies bedingt das Zusammenarbeiten in den wirtschaftlichen und politischen Organisationen. Was sie erstreben, ist nicht die Herrschaft des Proletariats, sondern ein Staat der Gleichberechtigung. Die Eroberung des Staates durch das Proletariat ist eine der ersten Voraussetzungen im wirtschaftlichen Kampf; erst nach ihrer Erfüllung kann die Umformung der Wirtschaft beginnen. Ist der Staat erkämpft, dann wird die Periode der Wirtschaftsreform eintraten. Was wir deshalb brauchen, ist, daß die Arbeiterinnen schöpferisch mitarbeiten und handelnd innerhalb des Staates und der Gesellschaft eingreifen können. Wir werden den Staat nicht als fertig übernehmen können, sondern der Staat muß geistig erobert werden. Unsere Aufgabe sei es deshalb, die proletarische Revolution geistig vorwärts zu treiben, die Menschen in dieser Richtung hin umzubilden, ist eine der höchsten Aufgaben der Gewerkschaften. Die Konferenz soll deshalb ein Mittel sein, die Voraussetzungen zu schaffen, unter welchen die Frauen zu höherer Mitarbeit innerhalb der Gewerkschaft herangezogen werden können, aber auch um befähigt zu werden zur Mitarbeit innerhalb des Staates und der Gesellschaft. (Lebhafte Beifall.)

Kollegin Hoppe führte in ihrem Referat aus, es sei eine Notwendigkeit, daß sich die Frauen mehr in die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Geadankengänge der sozialistischen Literatur hineinarbeiten. Die Textilindustrie habe das größte Kontingent der beschäftigten Frauen. Die Zunahme der industriell-gewerblichen Tätigkeit der Frauen ist größer als die Bevölkerungszunahmen. Die Textilindustrie sei die Domäne der weiblichen Arbeit, vor allem die der verheirateten Frauen. Die Frau wurde in der Textilindustrie wegen ihrer Fingerfertigkeit und Geschicklichkeit als Arbeiterin bevorzugt. Die starke Frauenarbeit innerhalb der Textilindustrie sei durch die niedrigen Löhne, die in der Textilindustrie gezahlt wurden, in der Vorkriegszeit gekennzeichnet worden. Die Textilarbeiterchaft sei die erste gewesen, die für die Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit eingetretet sei. Dieses wahrscheinlich infolge der starken Frauenarbeit. Die soziale Gesetzgebung sei durch den Textilarbeiter-Verband beständig vorwärts getrieben worden. — Die Rednerin verwies dabei auf die Forderung des Arbeiterinnen- und Mutterschutzes. Der freie Sonnabend-Nachmittag sei eine Forderung der Textilarbeiterinnen. In der Gewerbeaufsicht ist die Bahn frei geworden, und zwar in der Richtung, daß auch Frauen zum Gewerbeaufsichtsdienst herangezogen werden können. Die Verkürzung der Arbeitszeit endlich habe die Möglichkeit geschaffen, sich geistig emporzuarbeiten, und der Verband als solcher sei bestrebt, die Frauen geistig zu fördern und zu heben, so daß sie in allen öffentlichen Körperschaften und öffentlichen Stellen mitarbeiten können. Die organisierte Frau hatte ja bereits die Probe ihrer Tatkraft geliefert. Die Frauen seien es gewesen, die während des Krieges den Verband aufrechterhalten haben, damit die Männer, als sie aus dem Felde zurückkehrten, ihr Wirtschaftsinstrument, die Organisation, gut verwaltet wieder vorfinden.

Kollegin Hoppe beprakt hierbei die Tätigkeit der Frau als Betriebsrat und und die Rechte, die ihr das Betriebsrätegesetz einräumt.

Sie schlug vor, daß eine Arbeiterinnen-Kommission, aus drei Kolleginnen bestehend, gebildet werden soll. Aus zwei anderen Bezirken Sachsens sollen dann noch je drei Kolleginnen gewählt werden. Diese aus neun Kolleginnen bestehende Kommission müßte dann mindestens alle zwei Monate zusammenkommen werden. Die Gauseitung müßte die Arbeiten fördern und bestimmte Vorschläge für die Weiterbildung machen. Alle Jahre oder zwei Jahre müßte eine Reichsarbeiterinnenkonferenz einberufen werden. Sie empfahl Betriebsrätekonferenzen, die jedenfalls für die Schulung der Kolleginnen gleichfalls von großem Wert seien. Die Arbeit, die geleistet werden müsse, gelte dem heranwachsenden Geschlecht. Dieses auf eine höhere geistige Stufe zu stellen, sei eine große ideale Aufgabe, an der alle Arbeiterinnen mitarbeiten müßten. Es kann deshalb den Arbeiterinnen nicht oft genug zugerufen werden: Lest und lern, damit ihr zur Lösung dieser höheren Aufgaben reif und befähigt werdet. Die Gesellschaft entwickelt sich weiter, und mit dieser Entwicklung müßte die Frau auf eine höhere geistige Stufe gehoben werden. Die Gewerkschaften haben nicht nur den Zweck, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, sondern sie sollen auch zur Erziehung und zur Erziehung des Geschlechts beitragen. — Kollegin Hoppe gab noch allerlei praktische Winke, die Beachtung finden mögen. Die politische Gleichberechtigung der Frauen sei durch die Arbeit der Männer erfolgt. Die geistige Gleichstellung der Frauen aber könne nur durch die Frauen selbst erreicht werden. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion war sehr rege, und es beteiligten sich an ihr eine ganze Reihe Arbeiterinnen.

Zu diesen beiden Punkten der Tagesordnung lag nachstehender Antrag vor, der einstimmig angenommen wurde:

„Die Konferenz der weiblichen Verbandsfunktionäre erwartet vom Vorstand systematische Arbeit zum Zwecke der Heranbildung der weiblichen Verbandsfunktionäre zu Verbandsmitgliedern und Staatsbürgerinnen, welche befähigt sind, in praktischer Verwaltungsarbeit des Verbandes und des Staates sich dienstbar zu machen.“

Zu diesem Zwecke fordert die Konferenz möglichst starke Heranziehung der weiblichen Verbandsmitglieder zur Verbandsverwaltung und intensiven Aufführungsarbeit unter den Massen der Arbeiterinnen mit Berücksichtigung der besonderen Frauenpflege und den besonderen Erfordernissen, welche sich aus dem Studium der Frauenfrage ergeben.

Die Konferenz hält die Schaffung eines organisatorischen Unterbaues als Werkzeug der Durchführung der Forderungen für notwendig und empfiehlt die Wahl eines achtgliedrigen Arbeitsausschusses für Arbeiterinnen, aus weiblichen Verbandsmitgliedern bestehend.

Der Arbeitsausschuß soll sich zusammensetzen aus je drei Kolleginnen des Chemnitzer, Plauener und Dresdener Bezirkes und in kurzen Zeitabschnitten — mindestens sechs mal im Jahr — zu gemeinsamen Sitzungen mit dem Gauvorstand zusammentreten.

In geeigneter Weise hat der Arbeitsausschuß ständige Verbindung mit den weiblichen Verbandsfunktionären jeder einzelnen Filiale herzustellen und zu erhalten. Die Gauverwaltung hat ein besonderes Ressort (Abteilung) für Frauenfragen einzurichten.

Die Konferenz empfiehlt diesen Unterbau für alle Gawe des Reiches und entsprechende Zusammenfassung durch die Zentrale. Der Reuenerkommission zur Berücksichtigung überwiesen wurde folgender Antrag der weiblichen Agitationskommission er Verwaltungsstelle Chemnitz:

„In Anbetracht der ständig sich nach aufwärts bewegenden weiblichen Mitgliederzahl halten wir es für eine unbedingte Notwendigkeit, daß in allen Filialen und Verwaltungsstellen weibliche Agitationskommissionen gebildet werden. Diese Agitationskommissionen sollen neben der organisatorischen Kleinarbeit im Betriebe weiter die Aufgabe haben, die große Zahl der weiblichen Mitglieder, welche in der Nachkriegszeit den Weg zur Organisation gefunden haben, über die Notwendigkeit der Organisation aufzuklären und sie zu überzeugten Gewerkschaftlern erziehen zu helfen.“

Um die Aufführungsarbeit durch die gebildeten weiblichen Agitationskommissionen in allen Filialen erfolgreich durchzuführen, ist es notwendig, daß nach Möglichkeit diese gebildeten Agitationskommissionen jährlich des öfteren zu Konferenzen zusammenberufen werden, in denen Bericht über die geleistete Arbeit entgegengenommen wird, sowie die Richtlinien und neue Wege beraten werden sollen.“

Hierauf referierte die Kollegin Fischer-Chemnitz über „Die gegenwärtige Teuerung“. Das Sinken der Mark bewirke die Teuerung. Die Unternehmer haben die Löhne nicht in der Weise gesteigert, daß sie der Teuerung entsprächen. Auf der anderen Seite gehe die Regierung zu zaghaft vor, um dem Wucher entgegenzuwirken. Die Gewerkschaften verlangen deshalb Einschränkung der Einfuhr von Luxusartikeln und Kontrolle des Devisenverkehrs. In bewegten Worten schilderte die Rednerin die Notlage der arbeitenden Bevölkerung. Sie vertrat im großen und ganzen dann die Forderungen des ADGB. Auch ihr wurde für ihre Ausführungen lebhafter Beifall zu teil. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Delegiertenkonferenz der organisierten Frauen und Mädchen der Textilindustrie des Chemnitzer und erzgebirgischen Bezirkes brandmarken das wucherische Treiben der Großunternehmens und des Großhandels als infame, allen nationalen Interessen Deutschlands widerstrebende Ausnutzung der schweren Notlage des Vaterlands und als ebenso infame Ausbeutung der breiten Volksschichten.“

Die Konferenz fordert von der Reichsregierung gegen solches Verhalten sofortige Maßnahmen im Sinne der vom ADGB. erhobenen Forderungen und bedauert, daß den vielen Worten bisher Taten noch nicht gefolgt sind.

Die Frauen und Mädchen protestieren energisch gegen die in der Konferenz der Ernährungsminister und im Reichstag laut gewordenen Bestrebungen, auch den Preis für Umlagebrotgetreide zu erhöhen. Sie erwarten von der Reichsregierung energische Zurückweisung solcher Bestrebungen.

Ferner wurde noch folgender Antrag gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die Frauen und Mädchen der Textilindustrie werden gewarnt, sich von unverantwortlichen Elementen in der gegenwärtigen schweren Zeit irreführen und zu nutzlosen Putzchen und Generalkstreiks treiben zu lassen. Die von dem in Moskau sitzenden Kommunisten Theodorimer in Nr. 201 des „Kämpfer“ proklamierte Ausnutzung der jetzigen Krise zur Eroberung der nächsten Etappe auf dem Wege zur Räte-diktatur führt zum Chaos, zum Bürgerkrieg und damit zur Vernichtung aller Möglichkeiten einer allmählichen Gesundung des Wirtschaftslebens.“

Die Frauen und Mädchen der Textilindustrie werden aufgefordert, sich mit ihrer ganzen Kraft solchen Bestrebungen entgegenzustellen und mit gesteigertem Willen die zähe Arbeit organisierter Kampfes auf freigerwerblicher Grundlage im Sinne des ADGB. fortzusetzen.“

Die Konferenz war besucht von 75 Delegierten.

Ein kommunistischer Reichsbetriebsräte-kongreß?

In Nr. 35 des „Korrespondenzblatt“ finden wir folgenden Aufsatz: Die „Rote Fahne“ veröffentlichte am 31. August einen Aufruf zur Vorbereitung und Organisation eines Reichsbetriebsräte-kongresses in spätestens vier Wochen, in dem das Verste an Gewerkschaftsverhinderung und Gegenorganisation geleistet wird, was wir seither von jener Seite erleben mußten. Die Arbeiter werden darin aufgerufen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, da die Gewerkschaftsführer nicht daran dächten, ihre eigenen Beschlüsse durchzuführen, sondern mit der Reichsregierung um Bettelstuppen verhandeln und freundschaftlich mit den Kapitalisten verkehren. Eine angebliche Volkerversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins wende sich an die Arbeiterchaft mit der Aufforderung, Kontrollausschüsse zu bilden, die Preise zu regulieren, die Produktion zu überwachen und das ganze Wirtschaftsleben des Reiches zu kontrollieren. Die Betriebsräte sollen das Bank- und Geschäftsgeheimnis durchbrechen, mit ihren Organen in den Apparat der Stadtverwaltungen und Länder eindringen, die Beschlagnahme und Verteilung der Lebensmittel, Bekleidung, Textil- und Lederwaren, Kohlen und Wohnungen überwachen, durch die Eisenbahnbetriebsräte alles, was in die Städte eingefahren wird, kontrollieren und die Luxusproduktion lahmlegen sowie die Schlemmergaststätten schließen. Die Betriebsrätevollversammlung habe aber so wenig Zutragen zur Tatkraft der Spitzenverbände, daß sie selbst eine Aufsicht von 15 Personen eingesetzt und beauftragt habe, sich mit ebensolchen Ausschüssen im Reich in Verbindung zu setzen und in spätestens vier Wochen einen Reichsbetriebsräte-kongreß zu organisieren, zu dem die Delegierten durch Urwahlen aus den Betrieben hervorgehen sollen. Der Kongreß soll auch gegen

den Willen der Instanzen einberufen werden und die Gewerkschaftsführer sollen gezwungen werden, ihren Beauftragten, den Betriebsräten, Rede und Antwort zu stehen.

Die angebliche Vollversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte war nichts weiter als eine unkontrollierte Zusammenkunft von einigen taufenden Personen, deren Betriebsräteigentum durchwegs ungläubig ist. Die große Mehrzahl der Betriebe, darunter die größten und wichtigsten Betriebe Groß-Berlins, waren völlig unvertreten. Diese kommunistische Versammlung, die überdies nicht von der zuständigen Betriebsrätezentrale einberufen war, hatte kein Recht, namens der Betriebsräte Groß-Berlins Beschlüsse zu fassen und Einrichtungen einzuführen.

Zugleich haben die Kommunisten in Berlin eine Reihe von Industriegruppen-Fraktionsversammlungen veranstaltet, in denen die Aufgaben der Industriegruppen und die Stellungnahme zu einer Reichsgewerkschaftskonferenz erörtert wurde. Daß sich diese Vorbereitungen und Veranstaltungen nicht zuletzt gegen die Gewerkschaften selbst, ihre einheitliche Organisation und ihre Aktionen richten, darüber kann in allen Kreisen verantwortungsbewußter Gewerkschafter kein Zweifel bestehen.

Es bedarf nur der Feststellung dieser Tatsache, um der deutschen Arbeiterchaft darüber die Augen zu öffnen, was sie von der Unterstützung solcher Bestrebungen zu erwarten hätte. Die Gewerkschaften stehen in einem harten und zähen Kampf gegen die Feuertaube. Sie müssen ihre gesamten Kräfte aufbieten, um die schlimmsten katastrophalen Wirkungen von der Arbeiterchaft abzuhalten.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat selbst, ohne das Drängen von kommunistischer Seite abzumachen, Maßnahmen zur Vinderung der Teuerung und zur wirtschaftlichen Gesundung vorge schlagen und mit der Regierung über deren Durchführung beraten. Den Gewerkschaftsmitgliedern wird der Erfolg dieser Schritte auf dem kürzesten Wege durch Veröffentlichung in der Presse zur Kenntnis gebracht.

In diesen Tagen, da Schweres auf der deutschen Bevölkerung und insbesondere auf der Arbeiterklasse lastet, muß volle Einigkeit in den Gewerkschaften über Verteidigung der ohnehin dürftigen Lebensmöglichkeiten bestehen. Wenn hier Unfrieden und Zersplitterung in unsere Reihen getragen wird, dann ist jeder Widerstand nutzlos und unser Volk der Verelendung und Versklavung überliefert.

Wenn die kommunistischen Parteibestrebungen höher stehen als der erfolgreiche Kampf unserer Gewerkschaften, der wird die Konsequenzen seiner Handlungen auf sich nehmen müssen.

Ein kommunistischer Reinfall.

Die Unerschämtheit der kommunistischen Presse wird nur übertrifft von ihrer Dummheit. Diesen Beweis hat jetzt wiederum die „Rote Fahne“ geliefert. In ihrer Morgennummer vom 15. September hat sie entdedt, daß der „Temp“ von einem Abkommen zwischen Lubersac und den französischen Bauarbeiter- und Architektenverbänden sowie von der Errichtung eines gemeinsamen Bureaus zur Durchführung der Sachlieferungsabkommen berichtet. Darauf legt das Blatt, der Vorstand des ADGB, habe vor kurzem in einer Erklärung zugegeben, daß er lediglich in bezug auf den Wiederaufbau in Verbindung stehe, und stellt dann die Behauptung auf, daß der ADGB auch direkt am Stinnesabkommen beteiligt sei und auch gelegentlich dieses sechsprozentigen Aufbaugeschäfts die deutsche Arbeiterklasse direkt an das internationale Kapital verrate.

Der Vorstand des ADGB stellt fest, daß er keinerlei Erklärung über eine Verbindung mit einem französischen Bund der Architekten und Bauingenieurangehörigen abgegeben hat. Er hat ferner durch Rückfrage mit dem zurzeit in Berlin weilenden Genossen Joubert, dem Vorsitzenden der französischen Landeszentrale der Gewerkschaften, festgestellt, daß es sich sowohl bei den im „Temp“ erwähnten Bauarbeiter- als auch Architektenverbänden um hyperkommunistische Organisationen handelt, die im Lager der Moskauer Internationale stehen. Von den Gewerkschaften der CGT steht keine einzige mit Lubersac in Verbindung. Sollte die „Temp“-Meldung zutreffen, so bestätigt sich aufs neue die Erfahrung: „Les extrêmes se touchent.“ (Die Gegensätze berühren sich.)

Berichtigung.

In dem Artikel in voriger Nummer „Der Limbacher Generalstreik“ usw. muß es in Zeile 18 des 11. Absatzes richtig heißen: „... sich zu einem politischen Machtkampf auszuwachsen“, in Zeile 12 des 17. Absatzes „getätigt“ statt „bestätigt“.

Erhöhte Postgebühren ab 1. Oktober.

Postkarten im Ortsverkehr 1,50 Mk., im Fernverkehr 3 Mk. Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 2 Mk., über 20 bis 100 Gramm 4 Mk., über 100 bis 250 Gramm 6 Mk.; Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 6 Mk., über 20 bis 100 Gramm 8 Mk., über 100 bis 250 Gramm 10 Mk. (Für nicht zureichend frankierte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Fehlbetrages, mindestens aber 50 Pf., nachgehoben.) Drucksachen bis 20 Gramm 1 Mk., über 20 bis 50 Gramm 1,50 Mk., über 50 bis 100 Gramm 3 Mk., über 100 bis 250 Gramm 6 Mk., über 250 bis 500 Gramm 8 Mk., über 500 bis 1000 Gramm 10 Mk. Geschäftspapiere und Wilschsendungen bis 250 Gramm 6 Mk., über 250 bis 500 Gramm 8 Mk., über 500 bis 1000 Gramm 10 Mk. Warenproben bis 250 Gramm 6 Mk., über 250 bis 500 Gramm 8 Mk. (Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Waren-

proben werden nicht befördert. Für unzureichend frankierte Sendungen wie oben.)

Päckchen bis 1 Kilogramm 12 Mk. Pakete bis 5 Kilogramm Nahzone 30 Mk., Fernzone 80 Mk., über 5 bis 20 Kilogramm Nahzone 40 bis 140 Mk., Fernzone 120 bis 360 Mk.

Soziale Rundschau. Gegen Arbeitszeitverlängerung.

Wie der schweizerische „Textilarbeiter“ berichtet, ist die erste Etappe der Unterschriftenammlung für das Referendum gegen die Revision des Artikels 41 des neuen Fabrikgesetzes, der die vorübergehende Wiedereinführung der 54-Stunden-Woche vorsieht, überaus günstig für die Anhänger der Beibehaltung der 48-Stunden-Woche. Beamte, Angestellte, Arbeiter und Frei-Erwerbende sind mit gleichem Eifer tätig und bringen in bisher nie erreichter Zahl Unterschriften zusammen. Der „Textilarbeiter“ führt sogar eine Reihe ländlicher Bezirke an, die Mehrheiten unter den Stimmberechtigten für das Referendum aufweisen. Die Unterschriftenammlung ist noch nicht abgeschlossen.

Berichte aus Fachkreisen.

Neugersdorf. Textilarbeiterkonferenz. Die örtliche Leitung des Textilarbeiterverbandes hatte zum Sonntag, den 10. September, die Betriebsräte und sämtliche Funktionäre des Filialgebietes zu einer Konferenz in den „Sächsischen Hof“ in Eibau geladen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die letzten Lohn- und Tarifabschlüsse und die Durchführung der Tarifverträge“ hatte der Geschäftsführer, Kollege Richter, das Referat. Redner behandelte eingehend die in den letzten Monaten und Wochen getätigten Abschlüsse, hierbei den Gang der Verhandlungen selbst kurz skizzierend. Der sich überstürzende Wechsel der wirtschaftlichen Verhältnisse bringt eine Masse von Schwierigkeiten, die zu überwinden äußerste Kraftanstrengung erfordert. In treffenden Worten zeigte Redner, wie wir auch selbst uns den Verhältnissen und Notwendigkeiten in der Durchführung der Lohnbewegungen anpassen müssen. Besonders klar legte er dar, wie die Betriebsräte sich bei der Durchführung der Tarife und der Geltendmachung der einzelnen Bestimmungen zu betätigen haben. An das beifällig aufgenommene Referat knüpfte sich eine lebhafte, aber sehr sachliche Debatte. Durch diese sowohl, als auch durch die Schlussworte des Referenten wurden noch eine Reihe Unklarheiten beseitigt. — „Die Beitragsleistung im Textilarbeiterverband“ war dann das Thema, das Kollege Liebig in einem kurzen Referat behandelte. Der Extraktdarin ist in nachstehender Resolution, die einstimmig angenommen wurde, zusammengefaßt. Sie lautet: „Die heutige Versammlung der Betriebsräte und Funktionäre der Filiale Neugersdorf ist sich voll bewußt der Bedeutung des Beschlusses der Generalversammlungen in Plauen und Breslau, nach dem für die Beitragsregelung in unserem Verband der Grundgedanke ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag... Die Versammelten versprechen darum, alle Kraft einzusetzen, daß in der Beitragszahlung im Filialgebiet dem Beschluß vollkommen Geltung verschafft wird. Vom Verbandsvorstand wünscht die Versammlung, daß die Ausgabe von Beitragsmarken sich laufend den Lohnveränderungen anpasse. Gewünscht wird ferner auch, daß Filialen gegenüber, die den zentralen Beschlüssen nicht folgen, energisch vorgegangen wird.“

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt, daß 202 Teilnehmer anwesend sind, bis auf wenige Ausnahmen steuern alle in den höchsten Beitragsklassen. Gerügt wird hierbei, daß eine Anzahl Betriebsratsmitglieder fehlen und besonders, daß einige Betriebe gar nicht vertreten sind. Es sind dies: J. S. Berndt, Georg Gocht, E. Grammatke, Edwin Großer, Fritz Rolte, P. Remisch, Filiale Ebersbach, Paul Winkler, Hugo Pohlisch, J. S. Prasse und G. Halang.

Nach einer Mittagspause folgt ein Referat des Kollegen Hübrer: „Wichtiges aus dem neuen Arbeitsrecht und die Anwendung der Gesetzesbestimmungen im Betriebe.“ Nach äußerst klaren Darlegungen über die geschichtliche Entwicklung des Arbeitsrechts behandelte der Referent Fragen der Praxis. Die trefflichen Ausführungen, die recht geeignet waren, den Hörern in ihrer praktischen Arbeit gute Dienste zu leisten, fanden den verdienten Beifall. In der sich anschließenden regen Diskussion kamen noch mancherlei Fragen zur Erörterung, die dem Referenten Veranlassung gaben, im Schlußwort vielerlei Klarzulegen.

Ein Antrag, die Konferenz soll sich die Entschließung, der Vollversammlung der Berliner Betriebsräte vom 4. August bezüglich Einberufung einer Reichsbetriebsrätekonferenz zu eigen machen, wurde von den Kollegen Liebig und Richter bekämpft und, da Stimmung für Annahme nicht vorhanden war, wieder zurückgezogen.

Zugestimmt wurde einem Beschluß der Ortsverwaltung, vom 1. Oktober 1922 ab einen Lokalzuschlag von 3 Mk. wöchentlich zu erheben.

Nach einem ansehnlichen Schlußwort des Vorsitzenden, das ausklang in die Mahnung, das Gehörte richtig und vollkommen zu verwerten und mit Eifer und Energie sich im Interesse des Verbandes zu betätigen, endete die äußerst anregend verlaufene und vom besten Geiste befehlte Konferenz nach achtstündiger Dauer.

Reichenbach. Der christliche Textilarbeiterverband als „Kampforganisation“. Die Textilarbeiter im Eulengebirge haben bereits bewiesen, daß sie immer bereit sind, in geschlossener, einheitlicher Kampffront für ihre Rechte einzutreten. Es ist jedem einsichtigen Freiorganisierten klar, daß zum Kampf auch Geld gehört und daß jeder einzelne insofern der Organisation gegenüber seine Pflicht erfüllen muß, daß immer ein Stundenlohn als Beitrag gezahlt wird. Anders der christliche Textilarbeiterverband, in dem man andauernd bemüht ist, als Konkurrenzgewerkschaft aufzutreten und billige Beiträge zu erheben, trotzdem auch bei ihm ein Stundenlohn als Beitrag festgesetzt ist. Wenn der christliche Textilarbeiterverband angesichts eines solchen Beginns sein Ziel darin sieht, die Kampfkraft der Arbeiterchaft zugunsten der Unternehmer zu schwächen, so wird ihm das, wenn es so weiter geht, schließlich gelingen. In der letzten Zeit haben die Christen in dem Buchhalter Herrn Hain, beschäftigt bei der Firma Vogt, einen Agitator gefunden. Derselbe versuchte bei der betr. Firma einzelne Leute aus dem Deutschen Textilarbeiterverband für den christlichen Textilarbeiterverband zu gewinnen. Wer war der Auftraggeber des Herrn Hain? Denn persönlich ist Herr Hain daran nicht interessiert, ob die Arbeiter im freien oder christlichen Textilarbeiterverband organisiert sind. Herr Hain ist doch nur Angestellter im Bureau der Firma Vogt. Wir fragen hiermit an: 1. Hat der christliche Textilarbeiterverband soviel Geld, daß er die Erhebung der richtigen Beiträge nicht notwendig hat? 2. Hat der christliche Textilarbeiterverband Herrn Buchhalter Hain beauftragt, Agitation zu treiben? Um Antwort wird gebeten.

Werdau i. Sa. Unser Kollege Bruno Lochmann ist 30 Jahre Mitglied des Verbandes. Wir hoffen, daß er noch recht lange unter uns weilen wird. Kollege Lochmann ist am 11. Juni 1892 in Neumünster in den Verband eingetreten.

Volkshochschule Groß-Berlin. Der Arbeitsplan für die Herbst- und Winterlehrgänge sind soeben erschienen. Er gehört in die Hand jedes Kollegen und jeder Kollegin, denn die Bestrebungen der Volkshochschule kommen auch dem gewerkschaftlichen Streben der gesamten Arbeiterchaft zugute. Je mehr der Horizont der Arbeitnehmerchaft sich weitet, desto rascher und zweckmäßiger wird sie die Probleme lösen können, vor die sie gestellt ist. Daß die Volkshochschule tat-

sächlich den Interessen der Arbeitnehmer dient, ist gewährleistet durch die entscheidende Mitwirkung von Vertretern der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung aller Richtungen im Vorstand und Ausschuß der Anstalt. Es ist daher notwendig, die Volkshochschule Groß-Berlin in den Kreisen der Arbeitnehmer nachdrücklich zu propagieren. Jeder Betriebsrat hat die Pflicht, den Betrieb mit Plakaten und Arbeitsplänen der Volkshochschule ausgiebig zu belegen. Die Verteilung dieses Werbematerials erfolgt in den nächsten Tagen durch die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale. Die Bestellung von Hörerarten erfolgt am besten geschlossen durch die Betriebsräte für den ganzen Betrieb, da dies eine Ummenge von Wegen und Fahrgehalt erspart. Es genügt in diesem Falle, Art und Zahl der gewünschten Karten der Geschäftsstelle der Volkshochschule Groß-Berlin telefonisch anzufordern. Die Geschäftsstelle (Georgenstraße 34/36, am Bahnhof Friedrichstraße) ist täglich von 8 bis 3, Sonnabends von 8 bis 2, Freitags von 8 bis 6 Uhr geöffnet. Telephon: Zentrum 7591.

Achtung! Wer kann uns die Adresse von dem Andreher Paul Wily Müller, geboren 7. April 1906 in Schiedelb. Crimmitschau, Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes seit 18. April 1920, eingetreten in Crimmitschau, Mitgliedsnummer 1180655, mitteilen? Derselbe ist seit einigen Tagen spurlos verschwunden. Seine besorgten Eltern wissen nicht, was ihm passiert sein könnte. Mitteilung wolle man richten an: Deutscher Textilarbeiterverband, Crimmitschau i. Sa., Herrngasse 13 II.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 1. Oktober, ist der 39. Wochenbeitrag fällig. Laut Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Achtung! Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung. Stichtag ist Sonnabend, der 30. September. An diesem Tage ist die gelbe Karte auf beiden Seiten gewissenhaft auszufüllen, mit 1,50 Mk. zu frankieren und sofort der Zentrale einzusenden. Vom 1. Oktober ab beträgt das Porto 3 Mk. Fehlende Karten liefert die Zentrale auf Bestellung. Der Vorstand. Geschäftsführer und Hilfsarbeiter gesucht! Für die Geschäftsstelle Bremen wird ein Geschäftsführer und für Plauen i. V. ein Hilfsarbeiter für den Aufendienst gesucht. Mit dem Verbandsleben vertraute und für die Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbst verfaßten und handschriftlich selbst geschriebenen Aufsatz über ihren Lebenslauf und die Aufgaben eines Geschäftsführers resp. eines Hilfsarbeiters im Aufendienst um diese Stellen bewerben. Das Bewerbungsschreiben muß mit dem Kennwort „Bewerbung“ versehen sein und spätestens bis 6. Oktober d. J. an den Verbandsvorstand, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7, eingereicht werden.

Bedingungen: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung. Gegenwärtig gezahlte Beitragsklasse ist anzugeben. Ferner sind Angaben zu machen über politische Organisationszugehörigkeit. Eosl. Zeugnisse wolle man nur in Abschrift beifügen. Gehalt bemißt sich nach den Beschlüssen der vom Beirat eingesetzten Kommission vom August 1922. Das erste Dienstjahr gilt als Probejahr. Während desselben ist beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig. Der Vorstand.

Adressenänderungen. Gau Hannover. Gauleiter: Karl Schüller, Hannover, Nicolaisstraße 10 i. Gau Stuttgart. Hornberg, Oberachern und Schiltach sind mit Offenburg verschmolzen. Regingen. K: R. Birmeier, Blumenstr. 14. Offenburg. V, K u. Geschäftsführer: Karl Kreidler, Rosenfr. 1. Gau Berlin. Wittstod. K ab 1. Oktober: Robert Ludwig, Werderstr. 177. Zusammenkünfte. Mitgliederversammlungen. Breslau. Siederei- und Posamentenbranche. Donnerstag, 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Freiberg i. Sa. Dienstag, 3. Oktober, in der Union, Berthelsdorfer Straße. Jüda. Freitag, 6. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Unterstädt. Bürgerhaus. Kiel. Sonnabend, 7. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Leobischütz. Sonnabend, 7. Oktober, im Volkshaus, Cofeler Straße 6. Neustadt a. d. Orla. Freitag, 6. Oktober, abends 8 Uhr, im Eiseller. Schlotheim. Dienstag, 10. Oktober, abends 8 Uhr, im Ratseller. Weida. Donnerstag, 5. Oktober, im Waldschloßchen.

Ortsverwaltungen. Abhandlung gekommene Mitgliedsbücher und -karten. Gelsenau. Buch Nr. 628 275 für Fröhner aus Jahnsbach. Großenhain. Buch Nr. 1173 710 für Elsa Heß, geb. 27. September 1901. Eingetreten 28. Januar 1920. Elberfeld. Buch Nr. 1247 990 für Albert Bardusched, Weber, geb. 31. Oktober 1883 in Belschutow, eingetreten am 6. März 1921 in Aachen. Totenliste. Gestorbene Mitglieder. Berlin. Mag. Zademach; Johanna Meene; Anna Wolf; Wilhelm Illmann; Marie Grühmacher. Burghardsdorf. Willi Schmidt. Chemnitz. Emil Hans Melzer; Alma Leopold; Westa Uhlig; Marie Klara verw. Straßburg; Klara Honer; Huldine Riedel; Anna Uhlig; Helene Martha Lange; Paula Pilz. Dresden. Marie Nagel; Anna Nade; Emma Junghans; Meißen; Eduard Schubert; Meißen. Eberbach i. Baden. Josef Schilling. Ebingen. Karl Hummel. Gelsenau. Olga Mehner, Jahnsbach. Görlitz. Pauline Winkler. Hechingen. Johann Heizmann, Haigerloch. Kaiserslautern. Eduard Schöff. Landeshut. Heinrich Knittel; Ernestine Brüdner; Robert Scholz; Ida Tiedler, Bollenhain; Ida Leiter, Altwasser. Leipzig. Albert Schübe; Emilie Pöhlisch; Franz Schmidt. Stadtfeldendorf. Fritz Knoop. Thalheim i. Erzgeb. Anna Meta Richter, Meinersdorf. Werdau i. Sa. Heinrich Schilling; Dietrich Schmidt, Leubnitz. Zwickau. Wilhelm Böhme, Sohland. Ehre ihrem Andenken!

„Der Textilarbeiter“ Jahrgänge 1907 bis 1912, gebunden, kann, da überzählig, abgegeben werden. Filialen, die Interesse daran haben, wollen sich wenden an Filiale Gera des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Handdrucker werden nach Berlin für Stoffdruckerbetrieb gesucht. Fahrgehalt wird vergütet. Offerten unter Chiffre 1601 an die Redaktion dieses Blattes.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 29. Septemb. Beilage: Karl Büchler in Berlin, Magazinstr. 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Drefel in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Wirtschaftliche Beilage zum „Textil-„Arbeiter“

Inhalt: Wirtschaftliche Uebersicht. — Das Existenzminimum im August 1922. — Mitgliederbewegung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat August 1922. — Die Nichtzahlen für Hausrat und Kleidungsstücke Juli/August 1922. — Aus der amerikanischen Textilindustrie. — Der Dollar und die Preise (Gedicht). — Die Textilindustrie in den Vereinigten Staaten in statistischer Beleuchtung. — Literatur.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Die Entwertung der deutschen Mark hat sich in der zweiten Hälfte des August und im September fortgesetzt. Der Dollar, der am 15. August 1038 notierte, stieg bald darauf bis über 2000, im Freiverkehr wurde vorübergehend sogar 2400 für ihn bezahlt. Zu dieser Zeit hatte die deutsche Mark nur noch 1/2 Proz. ihres Friedenswertes. Sie konnte sich dann wieder etwas erholen, seit etwa 14 Tagen schwankt der Kurs des amerikanischen Dollars zwischen 1300 und 1600 Mt. Es ist noch ganz ungewiß, ob wir jetzt endlich eine Stabilisierung der deutschen Valuta bekommen oder ob nach einem vorübergehenden Stillstand der Marksturz sich ins Uferlose fortsetzt. Es ist wahrscheinlich, daß die Verhandlungen über die Garantieleistung für die an Belgien zu begebenden Schatzwechsel des Deutschen Reichs zu einem Abkommen führen und daß die deutsche Außenpolitik dadurch eine Atempause von mehreren Monaten gewinnt. Aber niemand vermag zu sagen, ob nun endlich die Frage der Reparationen in einem Sinne gelöst wird, der die Herstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse in Deutschland und auf dem Weltmarkt ermöglicht. Durch die Siege der türkischen Nationalisten über die Griechen ist das Drienteilproblem wiederum aufgerollt worden, und damit hat sich die weltpolitische Lage aufs neue kompliziert. Schon liegen sich der englische und der französische Imperialismus wieder in den Haaren; das deutsche Reparationsproblem ist in den Hintergrund gedrängt worden, vielleicht daß sich England nunmehr in der Reparationsfrage zu weitgehenden Zugeständnissen an die französischen Machtpolitiker genötigt sieht, und das bedeutet eine neue Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Die Entwertung des deutschen Geldes

bemüht sich nicht allein in dem Kursstande der ausländischen Zahlungsmittel, sie zeigt sich ebenso deutlich in dem An- und Abwachen des Notenumlaufs. Am 31. Januar 1920 betrug der Umlauf an Papiergeld 70 Milliarden, am 31. Januar 1921 101 Milliarden, am 31. Januar 1922 158 Milliarden. Der Notenumlauf hat sich also in diesen zwei Jahren ungefähr verdoppelt. Um das gleiche Ergebnis, also eine neue Verdoppelung des Papiergeldumlaufes, zu erreichen, hat es seitdem nur des vierten Teiles dieser Zeit bedurft. Am 31. Mai dieses Jahres waren 213, am 30. Juni 238, am 30. Juli 265, am 31. August 337 Papiermilliarden im Umlauf. Während im ersten Vierteljahr 1920 der durchschnittliche wöchentliche Zuwachs an neuen Noten sich auf etwa 1,3, im zweiten Vierteljahr auf ungefähr 3 Milliarden stellte, wurde in den seit Jahresmitte verstrichenen Wochen allwöchentlich im Durchschnitt eine Vermehrung des Notenumlaufs um 8 Milliarden nötig. Täglich werden also jetzt über eine Milliarde neue Noten ausgegeben; in den letztvergangenen Wochen ist dieser Durchschnitt noch wesentlich überschritten worden. Auf dem deutschen Industrie- und Handelstag hat kürzlich ein Redner ausgerechnet, daß der innere Wert des Notenumlaufs am 31. Januar 1920 5,15 Milliarden betrug, daß er dagegen am 31. August dieses Jahres sich bis auf 0,82 Milliarden Mark gesenkt hat. Aus dieser Berechnung darf allerdings nicht gefolgert werden, wie es die kapitalistischen Kreise tun, daß sich auch die eigentliche Kapitalsubstanz, in Gold ausgedrückt, in dem gleichen Maße verringert habe. Es sind bei der Berechnung der in Deutschland vorhandenen Kapitalsubstanz einige Faktoren zu berücksichtigen, die statistisch nicht meßbar sind. Große Teile der bestehenden Bevölkerung, besonders in der Landwirtschaft, haben ihre Gewinne in den letztvergangenen Jahren in Sachwerte umgewandelt; nicht umsonst haben wir seit geraumer Zeit einen so starken Inlandskonsum an Gebrauchsgüter und Luxusartikeln. Weiter hat die Industrie ohne Zweifel riesige Werte in Auslandsdollars angelegt, die dem inländischen Zahlungsverkehr entzogen sind. Und schließlich darf nicht vergessen werden, daß das deutsche Kapital bereits wieder über große Auslands Guthaben verfügt. So ist es erklärlich, daß trotz der ungehemmten Vermehrung des Notenumlaufs in den letzten Wochen rapider Markentwertung sich im Inlande nicht nur ein Mangel an flüssigem Kapital zeigte, sondern daß es auch an allen Ecken und Enden an Papiergeld fehlte.

Die Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands

Ist denn auch weniger von der Seite der privaten Wirtschaft her zu erwarten, als von dem Privatverhältnis, in dem die Staatswirtschaft zur Privatwirtschaft steht. Während das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden unter der Last ihrer finanziellen Verpflichtungen zusammenbrechen, erkrant sich die Industrie und die Landwirtschaft einer fast ununterbrochen fort dauernden Hochkonjunktur. Die deutsche Wirtschaft hat heute, soweit es sich um ihren Produktionsapparat handelt, die Kriegsfolgen im wesentlichen überwunden. Am deutlichsten zeigt sich das im Verkehrswesen, wo die Leistungen im vorigen Jahre, an Tonnenkilometern gemessen, noch um 15,5 Proz. geringer als im Frieden waren, in diesem Jahre aber die Durchschnittsziffern der letzten Friedensjahre heinahe erreicht haben. In der folgenden Tabelle sind eine Anzahl Beispiele gegeben, die einen Vergleich zwischen der Produktion der Jahre 1913 und 1921 zeigen. In diesem Jahre hat sich die Produktion zweifelslos gebessert, was sich schon aus der geringeren Zahl der Erwerbslosen ergibt. Die nachstehenden Zahlen von 1913 beziehen sich außer auf Patente auf den Gebietsumfang des heutigen Deutschlands:

	in 1000 Tonnen	1913	1921
Steinkohle ¹⁾		176 892	136 210
Braunkohle		87 233	123 011
Rob-Ruder		2 241	1 268
Kartoffeln		44 019	26 152
Weizen		4 061	2 934
Roggen		10 220	6 799
Kafer		8 719	5 005

	in 1000 Tonnen	1913	1921
Pferde Stück		8 835 893	9 688 843
Rindvieh Stück		18 570 591	16 839 559
Schweine Stück		22 668 789	15 875 636
Rein-Stielstoff		110	290
Kali roh		18 306	9 241
Baumwolleinfuhrüberschuß (Mai-Dez.)		850	250
Eisenerz ²⁾		7 439	6 862
Seefischeret		184	182
Angemeldete Patente Stück		49 532	56 721
Verkehrsziffern			
Tonnenl. der Eisenbahn		61 744	50 570
M. R. Schiffs-Ts. in Hamburg		12 900	9 400

¹⁾ ohne Saargebiet und Lothringen. ²⁾ für 1920 (nur 22,2% der Eisenerg. Förderung des alten Deutschland).

Trotz dieser verhältnismäßig günstigen Entwicklung der Privatwirtschaft ist, wie gesagt, die Staatswirtschaft ins Hintertreffen geraten. Geradezu katastrophal aber gestaltet sich die Lage der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, der Kleinrentner, der Geistesarbeiter, kurzum, aller derjenigen, die ihr Einkommen nicht der ständigen Entwertung der Mark anpassen können. Zusammenfassend kann man feststellen, daß alle kapitalistischen Kreise sich auf Kosten des Staates und der minderbemittelten Bevölkerung ständig bereichern; die Substanz des eigentlichen Volkvermögens mag sich verringert haben, der Teil der Substanz, der sich in der Verfügung der bestehenden Klassen befindet, hat sich gehalten, hat sich wahrscheinlich noch wesentlich vermehrt.

Die sprunghafte Entwertung der deutschen Mark in den letztvergangenen Wochen hat ein neues Problem geschaffen. Erbittert wird in der Tages- und in der Fachpresse über die Frage gestritten, ob der Händler berechtigt sei,

den Wiederbeschaffungspreis

beim Verkauf der Ware zugrunde zu legen, oder ob er dazu gezwungen werden müsse, stets zum Einkaufspreis zu verkaufen. In den bisherigen Perioden der Geldentwertung war diese Frage noch nicht so aktuell, weil es immerhin einiger Zeit bedurfte, bis die Preise sich der Verschlechterung der Valuta angepaßt hatten; inzwischen aber konnte der Händler sich durch schnelleren Umschlag seiner Waren das für die Neubeschaffung notwendige Kapital sichern. Dieses Mal ging die Entwertung der Mark aber so schnell, daß selbst der sogenannte reelle Kaufmann sich der Methode der sprunghaften Preiserhöhung bediente. Auch die Rechtsprechung der Gerichte beginnt sich zu verändern. Früher wurde es als Wucher angesehen, wenn der Verdienst beim Verkauf der Waren das allgemein übliche Maß überstieg. Jetzt aber wird vielfach zugegeben, daß der Wiederbeschaffungspreis beim Verkauf der Ware angewendet werden könne. In der kapitalistischen Welt wird dieser Widerspruch zwischen Produzenten und Händlern auf der einen und Konsumenten auf der anderen Seite stets zugunsten der Kapitalsinteressenten gelöst werden, wenn die Arbeiterklasse nicht stark genug ist, durch eine lückenlose Kontrolle der Produktion und des Handels die Preisbildung zu regulieren. In Deutschland freilich muß zuerst die Frage der Stabilisierung der Währung gelöst werden; bis dahin wird immer wieder derjenige Teil der Bevölkerung den Schaden zu tragen haben, der sein Einkommen nicht automatisch jeder neuen Geldentwertung anpassen kann.

Im allgemeinen war die Beschäftigung der deutschen Industrie nach wie vor sehr gut, jedoch machen sich immer deutlicher Zeichen der Unruhe und der Unsicherheit bemerkbar. Im Westen und in Berlin, also in den beiden bedeutendsten Wirtschaftsgebieten Deutschlands, hat die Arbeitslosigkeit zum ersten Male seit geraumer Zeit wieder zugenommen. Vielleicht ständen wir jetzt schon mitten in einer Krise, wenn der jüngste Marksturz nicht eine neue Exportprämie geschaffen hätte. Auf dem Baumarkt wird bereits über Rückgang der Beschäftigung geklagt, die schwindelhaft hohen Preise erschweren immer mehr den Ankauf der Materialien. Auch die Eisenindustrie will mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben.

Auch die Fachpresse der

Textilindustrie

behauptet, daß die Lage durchaus nicht rosig sei, trotz der ununterbrochen andauernden Hochkonjunktur. Was ist daran Wahres? Hören wir die Unternehmer selbst, wie sie über die Aussichten der nächsten Zeit denken. Wir erfahren es, wenn wir die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften zur Hand nehmen. Die Ebinger Trikotwarenfabrik sagt:

„Die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft war eine sehr lebhafte und der Betrieb stets zu auskömmlichen Preisen voll beschäftigt. Er ist heute mit Aufträgen, die einen günstigen Gewinn erhoffen lassen, auf 6 Monate hinaus versehen, wofür die Gesellschaft mit Rohmaterial und Zutaten eingedeckt ist.“

Die F. H. Hammerstein-A.-G. in Dsnabruück teilt mit: „Nach Mitteilung der Verwaltung sind die Fabriken voll beschäftigt bei sehr lebhaftem Abbruch der Erzeugnisse. Die Gesellschaft verfüge über große stille Reserven, besonders wertvoll werde sich für die Zukunft der holländische Besitz der Gesellschaft erweisen.“

Aus dem Bericht der Mechanischen Treibriemenweberei und Seilfabrik Gustav Kunz A.-G. in Treuen i. Sa.:

„Die Verwaltung teilt mit, daß die Gesellschaft im laufenden Geschäftsjahre wie bisher gut beschäftigt sei. Es liegen noch immer Aufträge zu nuzbringenden Preisen für längere Zeit vor, so daß zu erwarten stehe, daß für das laufende Geschäftsjahr auch auf das erhöhte Aktienkapital eine angemessene Dividende zur Verteilung gelange (i. B. 35 Proz.).“

Die Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co. A.-G. in Leipzig teilt mit:

„Der Geschäftsgang im laufenden Jahre ist bisher äußerst rege gewesen, so daß die Produktion weiter gesteigert werden konnte. Die Gesellschaft ist für mehrere Monate noch mit Aufträgen versehen und hofft, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, auch auf das erhöhte Aktienkapital ein günstiges Ergebnis erzielen zu können (i. B. 25 plus 15 Proz.).“

Auch die Kammgarnspinnerei zu Leipzig kann mitteilen, daß das Unternehmen reichlich und noch für längere Zeit beschäftigt sei. Die Textilose-Werke und Kunst-

weberei, Claviez A.-G. in Adorf, berichtet: „Zurzeit liegen mehr Aufträge vor, als der gesamte Umsatz des Vorjahres bis Ende August 1922 betrug.“ Diese einzelnen Berichte werden durch allgemeinere Uebersichten bestätigt, so daß man zusammengefaßt sagen kann: Die Textilindustrie gehört zu denjenigen Industrien, die voraussichtlich von der Krise, wenn sie kommen sollte, am spätesten erfaßt werden wird, mit Ausnahme vielleicht einiger besonderer Zweige, die entweder nur für einen beschränkten Markt oder für bestimmte Moderschnittungen arbeiten.“

Schwierigkeiten bereiten vorläufig nicht der Absatz der fertigen Waren, sondern

die Beschaffung der Rohmaterialien.

Deren Preise sind, entsprechend der Markentwertung, so in die Höhe gegangen, daß kapitalschwächere Unternehmungen in ernsthafte Schwierigkeiten gerieten. Die amerikanische Notierung für Baumwolle ist von Ende August bis Mitte September etwas zurückgegangen, um so sprunghafter kletterten die Marktpreise in die Höhe. Am 8. September wurden in Bremen für amerikanische Baumwolle 734,60 Mt. bezahlt. Die Nachfrage aus dem Inlande war wieder etwas reger, nachdem eine Zeitlang die größte Zurückhaltung geherrscht hatte. Auf dem M.-Gladbacher Barmarkt ist der Verkehr schon seit Wochen ruhig, die Spinner halten mit Angeboten zurück, da sie bis Ende des Jahres, vielfach noch darüber hinaus, mit Aufträgen versehen sind. Auch auf dem Wollmarkt herrscht Ruhe, man will hier erst die weitere Entwicklung der politischen Lage abwarten, ehe man zu größeren Abschlüssen schreitet.

Wie sehr auch in der Textilindustrie die Konzentration der Unternehmungen fortschreitet, das zeigt die Neubildung des Jutekonzerns. Es handelt sich dabei um den Zusammenschluß von fünf der größten Juteindustriunternehmen, die unter der Führung der Norddeutschen Jutespinnerei u. Weberei, A.-G. in Hamburg, stehen. Weitere zwei Unternehmungen der Juteindustrie sollen noch erworben werden. Der Zweck der Fusion ist, die Einkäufe der Fabriken an Rohstoffen zu zentralisieren; von Hamburg aus könne man, so wird gesagt, das Angebot günstiger wahrnehmen und eine Verbilligung der Regiepreise erreichen. Von einer Zentralstelle aus sollen die Aufträge an die einzelnen Fabriken unter dem Gesichtspunkt der Frachtersparnis erfolgen. Die Hamburger Fabriken des Konzerns sollen vom Inlandsgeschäft losgelöst werden und sich überwiegend dem Exportgeschäft widmen. Man plant außerdem, auch auf das Gebiet der Fabrikation und des Betriebs der Erbsafstoffe überzugreifen. Es schweben zu diesem Zwecke bereits Verhandlungen mit der Internationalen Papierfabrik-Industrie, G. m. b. H. An dieser Fusion scheint die Bankwelt lebhaft beteiligt zu sein, was schon die Wahl einer Reihe von Finanzleuten in den Aufsichtsrat beweist.

Ueber den Geschäftsgang in

einzelnen Bezirken der Textilindustrie

wird berichtet: Bei den niederrheinischen Spinnereien liegen noch genügend Aufträge vor, dagegen gehen nur wenige neue Bestellungen ein. Die Verbraucher beobachten die größte Zurückhaltung und warten die weitere Entwicklung der Verhältnisse ab. In dem M.-Gladbach-Rheydter Bezirk ist es in den letzten Wochen ruhiger geworden. Es wird behauptet, daß neue Aufträge kaum noch erteilt werden und daß sich Textilfirmen schon zur Uebernahme von Lohnaufträgen anbieten. In der Barmer Industrie bestehen noch recht gute Absatzmöglichkeiten. Beschaffartikel und maschinengeklüppelte Spitzen werden so stark verlangt, daß neue Aufträge in vielen Fällen nicht mehr angenommen werden können. Das Ausfuhrgeschäft ist im allgemeinen noch gut. Die Elberfelder Webereien haben noch auf Monate hinaus mit der Erledigung der vorliegenden Aufträge zu tun. Der Eingang neuer Aufträge hat aber nachgelassen. Die schwierigste Frage ist jetzt die der Rohstoffbeschaffung. Die Krefelder Seidenindustrie hat trotz unsmünniger Preise so viel zu tun, daß die Bedingungen für den Handel noch wesentlich verschärft werden konnten. Im oberfränkischen Bezirk liegen für Spinnereien und Webereien noch erhebliche Aufträge vor, dagegen soll bei der für den Export arbeitenden Textilveredelungsindustrie ein kleines Abflauen des Geschäftes eingetreten sein. Die Textilunternehmer im Wiesenthal klagen über Mangel an Betriebsmitteln. In der sächsisch-thüringischen Textilindustrie herrscht noch lebhaft Beschäftigung, verschiedene Betriebe haben eine Verkaufssperre eingerichtet, um erst einmal abzuwarten, wie sich in der nächsten Zeit die Verhältnisse gestalten werden.

Das Existenzminimum im August 1922

Von Dr. R. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im August um reichlich zwei Drittel höher als im Juli, 2 1/2 mal so hoch wie im Juni, 5 mal so hoch wie im Januar/Februar und betragen annähernd 6 mal so hoch wie im August 1921. Rationiertes Brot kostete 4 mal soviel wie vor einem Jahre, Kartoffeln und Milch 5 mal soviel, Briketts und Gas 6 mal soviel, Haferflocken, Reis 8 mal soviel, Speck, Salzheringe, Margarine 9 mal soviel, Erbsen 10 mal soviel, Speisebohnen 11 mal soviel, Zucker 12 mal soviel. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Miete, wesentlich stärker für Bekleidung.)

Rationiertes Brot kostete 54 mal soviel wie vor neun Jahren, Gas 64 mal soviel, Milch 83 mal soviel, Briketts 92 mal soviel, Kartoffeln 132 mal soviel, Margarine 141 mal soviel, Brot im freien Handel 145 mal soviel, Reis 155 mal soviel, Zucker und Speck 200 mal soviel.

Bezieht man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und beschränkt man sich bei der Dedung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 146 Mt., für eine Frau auf 333 Mt., für einen Mann auf 467 Mt. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im August 1913 für ein Kind 1,40 Mt., für eine Frau 2,90 Mt., für einen Mann 3,78 Mt. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor neun Jahren billiger, weil z. B. billiger Zucker damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angelegt: Kind 1,75 Mt., Frau 2,80 Mt., Mann 3,50 Mt.)

Table with 3 columns: Item, Preis August 1922, Preis August 1913. Lists various food items like bread, flour, and milk with their prices in 1922 and 1913.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubimeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 16 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 106,10 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 48 Mk. (0,75 Mk.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 435 Mk. (2,50 Mk.), Frau 290 Mk. (1,65 Mk.), Kind 145 Mk. (0,85 Mk.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

Table with 3 columns: Category, Mann, Ehepaar mit 2 Kindern. Lists expenses for food, housing, heating, clothing, and other necessities for a man and a family.

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920-22 vergleiche mein Buch 'Verbrauchsnot und Wälua', Verlag Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im August 1922 für einen alleinstehenden Mann 232 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 367 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6-10 Jahren 493 Mk. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 72 650 Mk., für das kinderlose Ehepaar 114 900 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 154 350 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum August 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 1393 Mk., d. h. auf das 83,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 2203 Mk., d. h. auf das 98,8fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 2958 Mk.; d. h. auf das 102,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark im August etwa 1 Pf. wert.

Mitgliederbewegung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat August 1922.

Die Berichterstattung ist gegen den Vormonat etwas besser geworden; sie umfaßt 96,3 Proz. der Mitglieder gegen 93,6 Proz. im Juli. Von den 371 Filialen des Verbandes haben 42 nicht oder zu spät berichtet, die nach früheren Angaben 27 304 Mitglieder haben. Unter den nicht berichtenden Filialen sind immer noch zwei mit Geschäftsführern. Durch das Fehlen der Angaben aus größeren Filialen wird das Ergebnis der statistischen Erhebungen ganz wesentlich beeinflusst. Jede Filiale sende ihre Zählkarte pünktlich ein. Abhandlungsgelommene Karten können bei der Zentrale nachbestellt werden.

Die Mitgliederzahl betrug Ende August 730 217, sie setzt sich aus 241 605 männlichen und 488 612 weiblichen Mitgliedern zusammen. Dem Vormonat gegenüber bedeutet das eine Zunahme von 62 336 Mitgliedern. Während die Zahl der männlichen Mitglieder um 519 fiel, hat die der weiblichen um 6755 zugenommen.

Die Arbeitslosigkeit ist gegen den Vormonat wieder um ein geringes gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im August 27 900 (692 männliche und 2098 weibliche) gegen 2448 im Juli (495 männliche, 1953 weibliche). Das bedeutet eine Zunahme um 197 Männer und 145 weibliche Arbeitslose, zusammen um 342. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt 0,4 Proz. der Mitglieder gegen 0,37 Proz. im Vormonat.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist im August auf 10 686 gestiegen (männliche 3249 weibliche 7437). Das ist mehr als das Doppelte der Zulassung (gesamt 4316, davon 1106 männliche und 3210 weibliche). Die Steigerung beträgt 6370 Kurzarbeiter, davon 2143 männliche und 4227 weibliche. 1,5 Proz. (im Juli 0,65 Proz.) sämtlicher Mitglieder arbeiteten verürzt.

Table with 4 columns: Die wöchentliche Arbeitszeit, Zahl der Betriebe, Zahl der Arbeiter männlich, weiblich. Shows weekly working hours and number of workers by gender.

Die Richtzahlen für Hausrat und Kleidungsstücke Juli/August 1922.

Die Richtzahlen (Indizes) zur Preisbewegung von Hausrat und Kleidungsstücken, die auf den Zeitpunkt von Ende Juli/Anfang August berechnet wurden, geben ein erschreckendes Bild von den folgenschweren Auswirkungen des Marksturzes. In keiner Berichtsperiode während ihrer seit Kriegsbeginn fast ununterbrochen andauernden Aufwärtsbewegung wurde eine solche Preissteigerung dieser lebensnotwendigen Gegenstände beobachtet wie in der Zeit von Mai/Juni bis Juli/August.

Die Gesamtindizes für Hausrat und Kleidungsstücke steht Anfang August auf dem 102,9fachen und ist gegenüber Mai/Juni

(60,4fach) um 70 Proz. emporgeschneit. Im Januar 1922 kosteten diese Gegenstände noch das 30,3fache der Friedenspreise. Seitdem, also im Verlauf des letzten Halbjahres, haben sich die Kosten für die Neubeschaffung von Hausrat und Kleidungsstücken mehr als verdreifacht.

Hauptträger dieser Bewegung sind die Gegenstände des Hausrats, und zwar standen die Richtzahlen

Table with 3 columns: Item, im März/April, im Mai/Juni, im Juli/August. Shows index values for household goods and clothing.

Stellt man die Neubeschaffungskosten einer Wohnungseinrichtung einschließlich der Kleider- und Wäscheausstattung für ein Ehepaar mit zwei Kindern in der Friedenszeit und der Gegenwart einander gegenüber, so ergeben sich folgende Beträge für die verschiedenen Wohnungsgrößen, und zwar:

Table with 3 columns: Wohnungstyp, 1. Juli 1914, Anfang August 1922. Shows costs for different types of housing.

Bei dieser Berechnung sind die Gegenstände der Einrichtung und Ausstattung nach Zahl und Beschaffenheit der Wohnungsgröße angepaßt, Luxusgegenstände wie Silberfächer, Silber, Nippes usw. grundsätzlich ausgeschlossen.

Aus den Zahlen ergibt sich, daß der zur Gründung eines immerhin schon auf die Not der Gegenwart eingestellten Haushalts erforderliche Geldaufwand von der breiten Masse der von ihrem Arbeitseinkommen lebenden Bevölkerung nicht mehr aufgebracht werden kann und daß daher die Haushalts- und Familiengründung für große Teile des Volkes nur unter beträchtlichen Entbehrungen an lebensnotwendigen Gebrauchsgegenständen möglich ist. Aber nicht nur die Neugründung von Haushalten und Familien ist durch diese Entwicklung außerordentlich erschwert, auch die Sicherung des Haushalts und Familienlebens der breiten Masse gegen Feuer, Diebstahl usw. ist bei dem klaffenden Abstand zwischen Einkommens- und Preissteigerung durch die unvermeidliche Unterversicherung dieser Sachwerte in hohem Grade gefährdet.

Richtzahlen (Indizes) für Hausrat und Kleidungsstücke (Juli 1914 = 1).

Large table with 5 columns: Gruppen, Januar bis Februar, März bis April, Mai bis Juni, Juli bis August. Lists various household items and clothing with their index values.

Table with 5 columns: Gruppen, Januar bis Februar, März bis April, Mai bis Juni, Juli bis August. Lists household items (A. I. Hausrat) with index values.

Table with 5 columns: Gruppen, Januar bis Februar, März bis April, Mai bis Juni, Juli bis August. Lists clothing items (B. I. Hausrat) with index values.

Table with 5 columns: Gruppen, Januar bis Februar, März bis April, Mai bis Juni, Juli bis August. Lists household items (A. II. Hausrat) with index values.

Aus der amerikanischen Textilindustrie.

Der holländische Handelsfachverständige in Washington hat über die Lage der amerikanischen Textilindustrie seiner Regierung einen Bericht zugefertigt, welchem wir die nachstehenden Ausführungen entnehmen:

Die Textilindustrie wird noch sehr beeinflusst durch die Streikbewegungen im Norden des Landes, welche andauern, ohne daß eine Ablaffung in Erscheinung tritt. Die Löhne, welche 80-100 Proz. höher sind als vor dem Kriege, halten die Produktionskosten in dieser Industrie auf einer Basis von 60-85 Proz. des Jahres 1914. Man rechnet mit einem weiteren Rückgang der Preise, wenn die Löhne heruntergehen; daher die reservierte Haltung der Käufer.

Wie bekannt ist, stellt sich der Preis der Rohbaumwolle wieder auf 20 Cent für ein englisches Pfund, was im Einklang steht mit dem Stand der Ernte, die am 2. Juni des laufenden Jahres vom Landwirtschaftsministerium auf 96 Proz. eines Normalertrags geschätzt wurde, gegenüber einer Durchschnittsausbeute von 74,6 Proz. am 25. Mai der letzten zehn Jahre.

Stand der Baumwollsaaten. Die Baumwolle ist im laufenden Jahre spät ausgepflanzt worden, und schwere Regenfälle haben viel Schaden angerichtet; dabei haben zahlreiche Bauern nicht über die nötigen Geldmittel verfügt, um Kunstdünger zu bezahlen. Deshalb rechnet man mit einem geringen Ernteertrag. Es kommt hinzu, daß die Baumwollvorräte in den Packhäusern am 30. April d. J. 4 672 605 Ballen betragen, was 76 Proz. weniger ausmacht als am gleichen Tage des Vorjahres. Daraus wird geschlossen, daß ein zu geringes Baumwollangebot die Folge sein kann.

Woll- und Seidenindustrie. Die amerikanische Wollindustrie arbeitet jetzt mit 60 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit, während die Seidenindustrie noch immer in wenig günstigen Verhältnissen verkehrt.

Arbeitslöhne. In vielen Fällen sind die Löhne zu Anfang dieses Jahres durch kollektive Arbeitsverträge festgelegt worden. Im Kohlenbergbau, im Eisenbahnbetrieb und in der Kleiderindustrie herrschen noch immer Streiks infolge der von den Arbeitgebern verlangten Lohnherabsetzung; in anderen Fällen sind mit Einwilligung der Arbeiter Lohnherabsetzungen durchgeführt, so in der Seidenindustrie solche von 5-20 Proz., in der Kleiderindustrie solche von 7-10 Proz. und in der Schuhindustrie solche von 5-21 Proz.

Die Lage des Baumwollmarktes in dem hierfür besonders in Betracht kommenden Distrikt Charleston ist, wie der dortige englische Konsul meldet, schlecht. Dies um so mehr, als die Baumwollernte in Süd-Karolina und Georgia mißglückt ist, wozu noch kommt, daß die Preise für diesen Artikel niedrig sind. In diesen zwei Staaten bildet Baumwolle das wichtigste Erzeugnis der Landwirtschaft; Florida machte dagegen bezüglich der Ernte eine günstige Ausnahme.

Die finanziellen Verhältnisse liegen sehr schlecht: In Charleston haben zwei Banken ihre Zahlungen eingestellt, in Savannah und in Jacksonville ebenfalls zwei, außerdem noch verschiedene über den ganzen Distrikt verstreut. Eine der Ursachen, daß so viele Banken fallierten, liegt in der Tatsache, daß so viele kleine Banken vorhanden sind. Eine Bank mit 10-20 000 Dollar Kapital ist keine Ausnahme, und in einem Dorfe mit 3-4 000 Einwohnern findet man nicht selten zwei Banken. Eine zweite Ursache ist, daß die Banken vielfach Geld geliehen haben für den Ankauf von verschiedenen landwirtschaftlichen Artikeln, wovon die Preise jetzt sehr gefallen sind; hierdurch sind die Darlehen nicht oder doch nur schlecht gegen große Verluste wieder einziehbar.

Eine Industrie, welche in den genannten Staaten besonders stark gelitten hat, ist die Kunstdüngerindustrie. Die Baumwollpflanzer waren bekanntlich nicht imstande, den Dünger zu bezahlen, den sie 1920 auf Abzahlung gelegentlich des Verkaufs ihrer Ernte gekauft hatten, da sie ihre Produktion nur schwer los wurden. Infolgedessen konnten sie 1921 keinen neuen Dünger antauchen und ebenfalls wenig für das laufende Jahr. Die Folge hiervon für diese Industrie kann man sich denken. Die Stadt Charleston hat allein ein Dutzend große Kunstdüngerfabriken, und viele von ihnen haben sehr schwierige Zeiten durchgemacht.

Baumwollpreise. Am 31. Juli 1920, dem Schlußtag der Baumwollkampagne, stellte sich der Preis der Baumwolle auf 43 1/2 Cent mit Aussicht auf einen steigenden Markt. Das Gegenteil trat aber schnell ein, und Ende 1920 war der Preis bis auf 13 1/2 Cent für 1b heruntergegangen. Die Ursache war eine größere Ernte als man erwartet hatte, ferner die inzwischen eingetretene Handelsflaute, welche den Export sehr beeinträchtigte.

Der Dollar und die Preise.

Auf der bekannten Zahlenleiter Springt jäh der Dollar himmelan — Und alle Preise sausen heiter Im gleichen Tempo hinterran.

Der Kaufmann spricht: „Ja, diese Sachen, Die kosten heut schon wieder mehr. Bedauere, doch was soll ich machen? Fröhlich reich mal rasch das Kursblatt her!“

Doch wenn — auch dieses gibt's zuweilen — Der Dollar sich herniederläßt, Da kennt der Preise Schar kein Eisen, Sie bleiben, wo sie sitzen, fest.

Da hilft kein Bitten und kein Toben, Kein Hinweis auf den Kursbericht, Sie hocken auf den Sprossen droben Und grinsen stroh dir ins Gesicht.

Peter Michel.

Die Textilindustrie in den Vereinigten Staaten in statistischer Beleuchtung.

St. W. N. vom 30. August.)

Large table with 10 columns: Jahre und Monate, Baumwolle, Wolle, Ge- wichte, Roh- seide. Shows statistical data for the textile industry in the US from 1913 to 1922.

Literatur.

„Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk“. Aus Anlaß des 60. Geburtstages des Dichters hat der frühere Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Konrad Haenisch unter diesem Titel ein Buch erscheinen lassen (Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, Preis in Ganzleinen gebunden 150 Mk.). Der ganze Zauber der deutschen Märchenwelt steigt aus Haenischs Schilderungen der Hauptmannschen Märchen dramen auf.

Gemeindepolitik. Erläuterungen zum Görtzler Programm. Von Paul Hirsch, Berlin 1922. J. S. W. Diez Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin. (Preis Rdt. 7.50.)

Neue-Welt-Kalender 1923. Der in seinem siebenundvierzigsten Jahrgang vorliegende Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1923 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg) ist erschienen. Sein Inhalt ist sehr reichhaltig. Der Preis des Kalenders beträgt 20 Mk.